

Zwischenbericht zum 30. September 2007

3. QUARTAL 2007



Deutsche Bank

DER KONZERN IM ÜBERBLICK

	Jan.–Sep.	
	2007	2006
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	90,38 €	95,16 €
Aktienkurs höchst	118,51 €	100,20 €
Aktienkurs tiefst	87,16 €	80,74 €
Ergebnis je Aktie (basic)	11,66 €	9,04 €
Ergebnis je Aktie (verwässert) ¹	11,13 €	8,05 €
Ausstehende Aktien (basic, Durchschnitt), in Mio	473	468
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	496	522
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	20,8 %	19,5 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	27,5 %	29,5 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	33,1 %	34,4 %
Nettovermögen je ausgegebene Stammaktie ²	69,65 €	56,92 €
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ³	77,41 €	63,22 €
Aufwand-Ertrag-Relation ⁴	67,6 %	69,1 %
Personalaufwandsquote ⁵	42,2 %	44,2 %
Sachaufwandsquote ⁶	25,4 %	24,9 %
	in Mio €	in Mio €
Erträge insgesamt	23.454	21.318
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	283	168
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	15.859	14.726
Ergebnis vor Steuern	7.312	6.424
Gewinn nach Steuern	5.540	4.251
	30.9.2007	31.12.2006
	in Mrd €	in Mrd €
Bilanzsumme	1.879	1.572
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	36,8	32,7
BIZ-Kernkapitalquote (Tier-I)	8,8 %	8,5 %
	Anzahl	Anzahl
Niederlassungen	1.868	1.717
davon in Deutschland	991	934
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	77.920	68.849
davon in Deutschland	27.799	26.401
Langfristrating		
Moody's Investors Service	Aa1	Aa3
Standard & Poor's	AA	AA-
Fitch Ratings	AA-	AA-

Die Überleitung des durchschnittlichen Active Equity und darauf basierender Kennzahlen befindet sich auf Seite 72 dieses Berichts.

1 Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung. Dieser Effekt betrug im Neunmonatszeitraum 2007 0,00 € und im Neunmonatszeitraum 2006 minus 0,05 €.

2 Nettovermögen je ausgegebene Stammaktie ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausgegebenen Stammaktien (beide zum Bilanzstichtag).

3 Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausstehenden Stammaktien (basic, beide zum Bilanzstichtag).

4 Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

5 Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

6 Prozentualer Anteil des zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt plus zinsunabhängige Erträge.

Auf Grund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Titelbild: Professor Muhammad Yunus, Friedensnobelpreisträger 2006, Gründer der Grameen Bank, Dhaka

// Brief des Vorstandsvorsitzenden	2
// Lagebericht	5
// Bescheinigung der unabhängigen, beim PCAOB registrierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	18
// Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	19
// Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen	20
// Konzernbilanz	21
// Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	22
// Konzern-Kapitalflussrechnung	23
// Grundlage der Erstellung	24
// Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden	25
// Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze	26
// Segmentberichterstattung	44
// Angaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung	51
// Angaben zur Bilanz	54
// Sonstige Finanzinformationen	57
// Überleitung der IFRS-Vergleichszahlen von den bisher angewandten Rechnungslegungsgrundsätzen	62
// Sonstige Informationen	72
// Impressum	75

Als große Krisen- und Elektroze,

das dritte Quartal 2007 war geprägt von außerordentlichen Turbulenzen an den Finanzmärkten. Ausgehend von Problemen im Markt für sogenannte „Subprime“-Hypotheken in den Vereinigten Staaten, kam es im globalen Finanzsystem zu weitreichenden Störungen. Unser Investment Banking wurde durch diese sehr schwierigen Marktverhältnisse im Ergebnis stark beeinträchtigt. Allerdings schnitten unsere „stabilen“ Geschäftsfelder gut ab, und wir konnten zudem von einigen Investitionen der letzten Jahre profitieren. Deshalb kann ich Ihnen erfreulicherweise berichten, dass wir im dritten Quartal ein insgesamt zufriedenstellendes Geschäftsergebnis erzielen konnten.

Die im Verlauf des Sommers zunehmenden Ausfälle bei „Subprime“-Hypothekarkrediten in den USA verringerten die Risikoneigung der Anleger insbesondere gegenüber Anleihen, die mit Hypotheken für Wohnimmobilien unterlegt waren, aber darüber hinaus auch gegenüber anderen Schuldtiteln. Diese Zurückhaltung dämpfte auch die Nachfrage nach Krediten zur Finanzierung von Unternehmensübernahmen (Leveraged Buy-Outs). Mit der damit weltweit einhergehenden „Flucht in Qualität“ der Investoren kam es auf einigen Märkten zu Liquiditätseingpässen, die wiederum im Bankensektor Probleme hervorriefen. Zwar intervenierten die Zentralbanken sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa sehr rasch, um eine fortlaufende Liquiditätsversorgung und ein reibungsloses Funktionieren der Finanzmärkte zu gewährleisten. Gleichwohl waren die Aktien- und Anleihemärkte zeitweise hochvolatil. Gegen Ende des dritten Quartals gab es erste Anzeichen dafür, dass Stabilität, Liquidität und Anlegervertrauen zurückkehrten. Allerdings belasten weiterhin die potenziellen Auswirkungen der „Subprime“-Hypothekenkrise auf die Finanzmärkte und die Realwirtschaft, vor allem in den USA, die Stimmung an den Märkten.

Die Deutsche Bank erwirtschaftete insgesamt im dritten Quartal ein Ergebnis vor Steuern von 1,4 Mrd€, was einem Rückgang von 19 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal entspricht. Zum Ergebnis trugen die Konzernbereiche Corporate and Investment Bank (CIB) 85 Mio€ und Private Clients and Asset Management (PCAM) 569 Mio€ bei. Außerdem konnten wir Gewinne in Höhe von 305 Mio€ aus dem Abbau unserer Beteiligungen an Allianz und Linde sowie in Höhe von 301 Mio€ aus strategischen und Immobilieninvestitionen der jüngeren Vergangenheit erzielen. Zudem ergab sich für den Konzern aufgrund mehrerer Sonderfaktoren ein positiver Steuereffekt. Insgesamt erreichte der Gewinn nach Steuern im Berichtsquartal 1,6 Mrd€ und lag damit um 31 % über dem Vorjahreswert. In den ersten neun Monaten 2007 zusammengekommen stiegen die Erträge um 10 % auf 23,5 Mrd€, das Ergebnis vor Steuern erhöhte sich um 14 % auf 7,3 Mrd€ und der Gewinn nach Steuern um 30 % auf 5,5 Mrd€. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) nahm auf 11,13€ gegenüber 8,05€ in den ersten neun Monaten 2006 zu. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) betrug 33 %. Gemäß

Dr. Josef Ackermann

Vorsitzender des Vorstands und des
Group Executive Committee



unserer Zielgrößendefinition, die bestimmte signifikante Gewinne und Belastungen ausschließt, waren es 29 %.

In CIB schloss der Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) im dritten Quartal mit einem Vorsteuerverlust von 179 Mio€ ab. Ursächlich hierfür waren Belastungen in Höhe von 1,6 Mrd€ aus Handelspositionen, vor allem im Relative Value Trading mit Krediten und Aktien sowie in strukturierten Kreditprodukten und in verbrieften Hypotheken für Wohnimmobilien. Zudem haben wir zusätzlich zu den Abschreibungen, die bereits im zweiten Quartal gemacht wurden, Bewertungskorrekturen bei Krediten und Kreditzusagen für Unternehmensübernahmen (Leveraged Buy-Outs) in Höhe von 603 Mio€ vorgenommen. Demgegenüber sind die Erträge aus dem Handel mit Zins- und Währungsprodukten und im Beratungsgeschäft in Corporate Finance auf Rekordhöhe gestiegen. Der andere Unternehmensbereich in CIB, Global Transaction Banking (GTB), konnte kräftig zulegen. Das Vorsteuerergebnis nahm gegenüber dem dritten Quartal 2006 um 55 % auf 263 Mio€ zu. Hierin kommen vor allem solide Ertragszuwächse in den Sparten Trade Finance, Cash Management sowie Trust & Securities Services und die unverändert strenge Kostendisziplin zum Ausdruck.

In PCAM erhöhte der Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) sein Vorsteuerergebnis um 45 % auf 265 Mio€. Darin spiegeln sich die erfreuliche Entwicklung der erfolgsabhängigen Provisionen im Geschäft mit Privatkunden und mit alternativen Anlagen sowie ein beträchtliches Gewinnwachstum im Bereich Private Wealth Management wider. AWM konnte im Berichtsquartal neue Kundengelder in Höhe von 13 Mrd€ einwerben, wodurch die Nettomittelzuflüsse in den ersten neun Monaten 2007 auf 32 Mrd€ anstiegen. Der Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) erwirtschaftete mit 304 Mio€ sein bislang bestes Quartalsergebnis vor Steuern, obwohl er gleichzeitig weiterhin in den Ausbau des Geschäfts in Deutschland sowie in wichtigen anderen Märkten, insbesondere Polen und Indien, investierte. PBC sind im Berichtsquartal überdies 4 Mrd€ zusätzliche Kundenvermögen zugeflossen.

Die Ergebnisse dieses Quartals zeigen, dass unsere Strategie richtig war, in „stabile“ Geschäftsfelder zu investieren, um die Ertragsstruktur der Deutschen Bank stärker zu diversifizieren. Der gemeinsame Beitrag von GTB und PCAM zum Quartalsergebnis belief sich auf 832 Mio€; trotz der außergewöhnlich turbulenten Marktbedingungen konnte er gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres damit um 35 % erhöht werden. In den ersten neun Monaten erwirtschafteten unsere „stabilen“ Geschäftsfelder bereits ein Vorsteuerergebnis von 2,4 Mrd€ und behaupteten mit einem Plus von 17 % ihre Wachstumsdynamik aus den Vorjahren.

Dank unseres disziplinierten Kapitalmanagements erhöhte sich unsere BIZ-Kernkapitalquote auf 8,8 % nach 8,4 % im Vorquartal und liegt damit im oberen Bereich unseres Zielkorridors von 8 % bis 9 %. Im August hob die Ratingagentur Standard & Poor's ihre langfristige Bonitätsbewertung der Deutschen Bank um eine Stufe auf AA an, während Fitch Ratings bereits im Juli den Ausblick für unser Rating (AA-) auf positiv gestellt hatte. Beide Agenturen haben ihre Einschätzungen erst kürzlich bekräftigt. Mindestens genauso wichtig war, dass wir während der Markt-turbulenzen zu keiner Zeit Liquiditätsprobleme hatten, da unsere starke und stabile Refinanzierungsbasis sich auf ein breit diversifiziertes Fälligkeitsspektrum stützen kann.

Zweifellos werden auch künftig Herausforderungen nicht ausbleiben. Die Schwierigkeiten am US-amerikanischen Hypothekenmarkt könnten anhalten und sich auf die Realwirtschaft auswirken. An den Finanzmärkten dürfte voraussichtlich eine vorsichtiger Risikoabwägung bestimmend bleiben. Dennoch bietet diese Situation auch Chancen für die Deutsche Bank. Als ein Marktführer im Investment Banking und einer der großen globalen Vermögensverwalter dürften wir von der „Flucht in Qualität“ profitieren. Wir haben enge Beziehungen zu unseren Kunden, für die wir auch dann ein zuverlässiger Berater und Partner bleiben, wenn sich deren Prioritäten verschieben. Unsere Kapitalstärke und breite Finanzierungsbasis sind wertvolle Wettbewerbsvorteile gerade in einem Umfeld, in dem die Liquidität und Fähigkeit zur Kapitalbereitstellung von den Kunden besonders geschätzt werden. Die Anleger wollen auch weiterhin eine hohe Rendite erzielen und es besteht nach wie vor Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Vermögenswerten zu Preisen, die ein ausgewogenes Verhältnis von Risiken und Chancen widerspiegeln. Im Verkauf und Handel von Wertpapieren werden wir auch künftig den Schwerpunkt des Geschäfts auf innovative Problemlösungen für unsere Kunden legen. Dennoch können in einzelnen Geschäftssparten Anpassungen notwendig werden, um uns konsequent auf die Bereiche mit dem größten Wachstumspotenzial auszurichten. Dazu gehören beispielsweise die wachstumsstarken Schwellenländer.

Aber auch die längerfristigen Trends kommen uns entgegen. Die Globalisierung der Weltwirtschaft wird anhalten und kann sich sogar noch beschleunigen, da die Schwellenländer schneller wachsen als die Industrieländer. Mit unserem globalen Netzwerk und unserer starken Position in diesen Märkten können wir uns diese Entwicklungen zunutze machen. Die weltweiten Finanzmärkte werden ebenfalls weiterwachsen, wovon die führenden Investmentbanken und damit auch die Deutsche Bank besonders profitieren werden. Und schließlich dürften der notwendige Aufbau der Altersvorsorge und die individuelle Vermögensbildung das Anlagevermögen weiter steigen lassen. Dies sollte für uns als ein führender globaler Vermögensverwalter von Vorteil sein.

Unsere Strategie ist klar: Wir halten Kurs! Unsere Managementagenda gilt unverändert. Wir haben das vierte Quartal gut begonnen und sind weiterhin davon überzeugt, dass wir unsere gesetzten Ziele für 2008 unter der Annahme normal funktionierender Märkte erreichen werden. Unsere Entschlossenheit ist größer denn je, den höchstmöglichen Mehrwert für unsere Kunden, unsere Mitarbeiter und für Sie, unsere Aktionäre, zu erwirtschaften.

Mit freundlichen Grüßen



Josef Ackermann
Vorsitzender des Vorstands und
des Group Executive Committee

Frankfurt am Main, im Oktober 2007

Lagebericht (nicht testiert)

ÜBERBLICK ZUR ERTRAGSLAGE DES KONZERNS

QUARTALSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

Die ERTRÄGE beliefen sich im Berichtsquartal auf 5,1 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang von 20 % gegenüber dem dritten Quartal 2006. Im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) sanken die Erträge um 2,1 Mrd € (52 %) auf 1,9 Mrd €. Darin waren Belastungen von insgesamt 2,2 Mrd € im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) enthalten. Hiervon entfielen 1,6 Mrd € auf Handelspositionen in Relative-Value-Strategien mit festverzinslichen Produkten und Aktienprodukten, im CDO-Korrelationshandel und im Geschäft mit verbrieften Wohnungsbaukrediten. Unter Berücksichtigung dieser Belastungen gingen die Erträge aus Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) gegenüber dem Vorjahresquartal um 71 % auf 576 Mio € zurück. Darin war ein Gewinn von 22 Mio € enthalten, der auf höhere Risikoaufschläge für selbst begebene strukturierte Schuldverschreibungen zurückzuführen war, die unter Anwendung der Fair Value Option bewertet werden. Die Erträge aus Sales & Trading (Equity) gingen um 38 % auf 428 Mio € zurück. Zudem wurden im Berichtsquartal Belastungen auf Kredite und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft in Höhe von 603 Mio € (nach Berücksichtigung darauf entfallender Provisionserträge) verbucht. Hier waren bereits im zweiten Quartal 2007 Belastungen angefallen. Unter Berücksichtigung dieser Belastungen verzeichnete das Emissionsgeschäft im dritten Quartal 2007 negative Erträge von 120 Mio €. Dahingegen wurden im Beratungsgeschäft mit 269 Mio € die höchsten jemals erzielten Erträge erreicht. Die Erträge aus dem Global Transaction Banking (GTB) stiegen infolge hoher Volumina in allen wichtigen Produktbereichen um 22 % auf 661 Mio €.

Im Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) nahmen die Erträge um 19 % auf 2,6 Mrd € zu. Sie erhöhten sich im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) um 24 % auf 1,1 Mrd €. Diese Entwicklung war zum Teil auf verbesserte erfolgsabhängige Provisionen im Retailgeschäft und im Alternative-Asset-Geschäft sowie auf höhere Invested Assets zurückzuführen. Im Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) stiegen die Erträge um 15 % auf 1,4 Mrd €. Darin spiegeln sich sowohl ein Ertragswachstum im Kredit-, Einlagen- und Brokeragegeschäft als auch die Beiträge von Berliner Bank und norisbank wider.

Im Konzernbereich Corporate Investments (CI) beliefen sich die Erträge auf 654 Mio € gegenüber 81 Mio € im Vorjahresquartal. Das Berichtsquartal enthielt Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (vornehmlich Allianz SE und Linde AG), aus der Sale-und-Leaseback-Transaktion für unsere Immobilie 60 Wall Street und die Wertsteigerung der Option zur Erhöhung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in China.

Die RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT von 105 Mio € im Berichtsquartal stieg gegenüber dem dritten Quartal 2006 (76 Mio €), im Wesentlichen auf Grund der Akquisition von Berliner Bank und norisbank in PBC sowie einer um 8 Mio € höheren Risikovorsorge im Kreditgeschäft in CIB.

Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN betragen im Berichtsquartal 3,5 Mrd € und waren um 22 % niedriger als im Vorjahresquartal. Der Personalaufwand sank auf 1,7 Mrd €. Im dritten Quartal 2006 lag er bei 2,7 Mrd €. Diese Entwicklung resultierte in erster Linie aus rückläufigen leistungsabhängigen Vergütungen infolge niedrigerer Geschäftsergebnisse im Berichtsquartal. Der Sachaufwand von 1,8 Mrd € war gegenüber dem Jahreswert unverändert. Im Berichtsquartal war er durch positive Effekte, die sich aus einer mit den Steuerbehörden abgestimmten verfeinerten Methode zur Erstattung von Vorsteuer für Vorjahre und aus Erstattungen von Versicherungen im Zusammenhang mit beigelegten Rechtsverfahren ergaben, begünstigt.

Das ERGEBNIS VOR STEUERN von 1,4 Mrd € im Berichtsquartal blieb um 19 % unter dem Wert des Vorjahres. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) betrug 19 %. Gemäß Zielgrö-

ßendefinition der Bank, bei der im Berichtsquartal signifikante Gewinne von 491 Mio € (nach Abzug damit verbundener Aufwendungen) unberücksichtigt bleiben, betrug die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) 12 %.

Der GEWINN NACH STEUERN stieg um 31 % auf 1,6 Mrd €. Die Ertragsteuer war im Berichtsquartal positiv. Dies war auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Effekt aus der deutschen Unternehmensteuerreform, Nutzung von Verlusten, Vorteile aus der Beilegung von Steuerverfahren sowie Steuerforderungen aus der laufenden und aus Vorperioden. Der Gesamteffekt dieser Faktoren belief sich auf rund 600 Mio €. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) stieg im Berichtsquartal im Vergleich zum Vorjahresquartal von 2,43 € um 36 % auf 3,31 €. Diese Zunahme ist teilweise durch die zum Jahresende 2006 vorgenommene Modifizierung bestimmter Derivatekontrakte auf Deutsche Bank-Aktien, die dem Handelsbestand zuzurechnen waren, begünstigt. Um diesen Effekt bereinigt wäre das Ergebnis je Aktie (verwässert) gegenüber dem Vorjahresquartal um 0,78 € (31 %) gestiegen.

Die BIZ-KERNKAPITALQUOTE (TIER-I) stieg von 8,4 % zum Ende des zweiten Quartals 2007 auf 8,8 % zum Ende des Berichtsquartals. Sie lag damit am oberen Ende der Zielbandbreite der Bank von 8 % bis 9 %. Darin spiegeln sich sowohl höhere Gewinnrücklagen als auch unsere strikte Disziplin beim Einsatz unseres Kapitals wider. Die risikogewichteten Aktiva stiegen auf 311 Mrd € zum Ende des Berichtsquartals und lagen damit um 4 Mrd € über dem zweiten Quartal 2007. Im dritten Quartal 2007 hat die Bank 1,4 Millionen Aktien (0,3 % der emittierten Aktien) zu einem durchschnittlichen Rückkaufpreis von 96,75 € je Aktie zurückerworben.

NEUNMONATSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

In den ersten neun Monaten des Jahres 2007 beliefen sich die ERTRÄGE auf 23,5 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg von 10 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2006. Im Konzernbereich CIB lagen die Erträge mit 14,6 Mrd € leicht über dem Vorjahreswert und blieben im Unternehmensbereich CB&S mit 12,7 Mrd € nahezu unverändert. Die Erträge aus Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) waren in erster Linie wegen der außergewöhnlichen Turbulenzen an den Kreditmärkten während des dritten Quartals 2007 rückläufig. Dies wurde teilweise durch ein gutes Ergebnis im Geschäft mit Geldmarkt- und Zinsprodukten sowie im Devisenhandel ausgeglichen. Die Erträge in Sales & Trading (Equity) profitierten von einer starken Performance im Prime-Services-Geschäft und bei Aktienderivaten. Das Emissionsgeschäft (Debt) wurde durch Belastungen auf Kredite und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft im zweiten und dritten Quartal negativ beeinflusst. Die Erträge im Emissionsgeschäft (Equity) und im Beratungsgeschäft stiegen im Vergleich zum Vorjahr deutlich an. Auf Grund eines hohen Wachstums der Zahlungsvolumina und erhöhter Kundenaktivität stiegen die Erträge in GTB in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 um 17 % (284 Mio €) auf 1,9 Mrd €.

In PCAM stiegen die Erträge im Zeitraum Januar bis September 2007 um 11 % (738 Mio €) auf 7,6 Mrd €. In AWM erhöhten sich die Erträge infolge höherer Invested Assets und gesteigener Kundenaktivität um 8 % (244 Mio €) auf 3,3 Mrd €. In PBC lagen die Erträge mit 4,3 Mrd € um 13 % (494 Mio €) höher. Dieser Anstieg war Folge von akquisitionsbedingtem und organischem Wachstum.

In CI beliefen sich die Erträge im Berichtszeitraum 2007 auf 1,4 Mrd € im Vergleich zu 407 Mio € im Vorjahreszeitraum. Die gestiegenen Erträge in 2007 reflektierten im Wesentlichen höhere Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen sowie Gewinne im Zusammenhang mit der Sale-und-Leaseback-Transaktion für unsere Immobilie 60 Wall Street in New York.

Die RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT belief sich auf 283 Mio € im Vergleich zu 168 Mio € in den ersten neun Monaten des Jahres 2006. Diese Entwicklung ist vornehmlich auf die Akquisition von Berliner Bank und norisbank in PBC sowie auf niedrigere Auflösungen von Wertberichtigungen in CIB zurückzuführen.

Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN lagen in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 mit 15,9 Mrd € um 8 % über dem Vorjahreswert. Der Personalaufwand betrug 9,9 Mrd € gegenüber 9,4 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dies war im Wesentlichen auf einen Anstieg der Mitarbeiteranzahl sowie auf höhere Aufwendungen für aktienbasierte Vergütungen zurückzuführen und wurde teilweise durch niedrigere leistungsabhängige Vergütungen infolge gesunkener Geschäftsergebnisse kompensiert. Der Sachaufwand belief sich im Berichtszeitraum auf 6,0 Mrd € und lag damit um 12 % über dem Vorjahr. Dieser Anstieg war Folge von Akquisitionen und organischem Wachstum. Dem standen teilweise die zuvor genannten positiven Effekte im dritten Quartal 2007 gegenüber.

Das ERGEBNIS VOR STEUERN für die ersten neun Monate des Jahres 2007 lag mit 7,3 Mrd € um 14 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) betrug 33 %. Gemäß Zielgrößendefinition, bei der bestimmte signifikante Gewinne (nach Abzug damit verbundener Aufwendungen) von 873 Mio € unberücksichtigt blieben, ergab sich eine Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) von 29 %.

Der GEWINN NACH STEUERN im Zeitraum Januar bis September 2007 stieg um 30 % auf 5,5 Mrd €. Die effektive Steuerquote betrug 24 % im Vergleich zu 34 % im Vorjahreszeitraum. Die Ertragsteuer war in der Berichtsperiode durch mehrere Faktoren begünstigt: die deutsche Unternehmensteuerreform, die Nutzung von Verlusten, Vorteile aus der Beilegung von Streitverfahren, den Ansatz von Steuererstattungen als Folge von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zur Unvereinbarkeit bestimmter steuerlicher Regelungen in Deutschland mit europäischem Recht, sowie Steuerforderungen aus der laufenden und aus Vorperioden. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) von 11,13 € übertraf den Wert des Vorjahres von 8,05 € um 38 %. Die Verbesserung des Ergebnisses je Aktie (verwässert) war teilweise durch eine Ende 2006 erfolgte Modifizierung bestimmter Derivatekontrakte auf Deutsche Bank-Aktien, die dem Handelsbestand zuzurechnen waren, begünstigt. Um diesen vorgenannten Effekt bereinigt wäre das Ergebnis je Aktie (verwässert) gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 31 % (2,65 €) gestiegen.

SEGMENTÜBERBLICK

KONZERNBEREICH CORPORATE AND INVESTMENT BANK (CIB)

in Mio €	3. Quartal		Veränderung in %	Jan.–Sep.		Veränderung in %
	2007	2006		2007	2006	
Erträge insgesamt	1.926	4.030	- 52	14.620	14.371	2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 19	- 27	- 30	- 82	- 118	- 31
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.853	2.851	- 35	10.206	9.559	7
Minderheitsanteile	8	9	- 11	18	30	- 40
Ergebnis vor Steuern	85	1.198	- 93	4.477	4.901	- 9

Der Konzernbereich CIB erzielte im dritten Quartal 2007 Erträge in Höhe von 1,9 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang von 52 % (2,1 Mrd €) gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres. Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich auf 1,9 Mrd € und lagen damit um 35 % (998 Mio €) unter dem Wert des dritten Quartals 2006. Das Ergebnis vor Steuern lag mit 85 Mio € im Berichtsquarter um 93 % (1,1 Mrd €) unter dem Ergebnis des Vorjahresquartals.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres betragen die Erträge in CIB 14,6 Mrd € und stiegen damit um 2 % (248 Mio €) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die zinsunabhängigen Aufwendungen von 10,2 Mrd € überstiegen den Vorjahreswert um 7 % (647 Mio €). Das Ergebnis vor Steuern lag mit 4,5 Mrd € um 9 % (423 Mio €) unter dem Ergebnis des Neunmonatszeitraums 2006.

UNTERNEHMENSBEREICH CORPORATE BANKING & SECURITIES (CB&S)

in Mio €	3. Quartal		Veränderung in %	Jan.–Sep.		Veränderung in %
	2007	2006		2007	2006	
Erträge insgesamt	1.265	3.488	– 64	12.691	12.727	– 0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 17	– 19	– 8	– 80	– 88	– 9
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.454	2.471	– 41	9.000	8.436	7
Minderheitsanteile	8	9	– 11	18	30	– 40
Ergebnis vor Steuern	– 179	1.027	N/A	3.754	4.349	– 14

N/A – nicht aussagefähig

QUARTALSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

Die Erträge aus SALES & TRADING (DEBT UND SONSTIGE PRODUKTE) lagen im Berichtsquartal mit 576 Mio€ um 71 % (1,4 Mrd€) unter dem Wert des Vergleichs quartals 2006. Das Ergebnis wurde durch die Liquiditätskrise an den Kreditmärkten beeinflusst, die im August einsetzte. Die starke Marktturbulenz führte zu einem Zusammenbruch der Korrelationen zwischen Kreditprodukten und Sicherungsinstrumenten (zum Beispiel Derivate auf allgemeine Marktindizes). Diese Faktoren beeinflussten unsere Positionen im Handel mit Kreditprodukten negativ, insbesondere im Relative Value Trading, im CDO-Korrelationshandel sowie im Geschäft mit verbrieften Wohnungsbaukrediten, obwohl signifikante Gewinne aus gegenläufigen Absicherungsgeschäften erzielt wurden.

Das Geschäft mit Geldmarkt- und Zinsprodukten und auch der Devisenhandel konnten im dritten Quartal 2007 von einer gestiegenen Kundennachfrage nach sichereren und liquideren Finanzinstrumenten profitieren. Der Unternehmensbereich CB&S verzeichnete Rekordvolumina bei Devisen- und Zinsswaps und gehörte zu den beständigsten Market Makern für diese Produkte und hat seinen Kunden in dieser angespannten Phase Liquidität bereitgestellt. Das dritte Quartal 2007 enthielt auch einen Gewinn von 22 Mio€, der auf höhere Risikoaufschläge für selbst begebene strukturierte Schuldverschreibungen zurückzuführen war, die unter Anwendung der Fair Value Option bewertet werden.

Die Erträge aus SALES & TRADING (EQUITY) lagen im Berichtsquartal mit 428 Mio€ um 38 % (262 Mio€) unter dem Wert des Vergleichs quartals 2006. In unserem kundenbezogenen Aktiengeschäft stiegen die Erträge leicht. Dies war auf Zuwächse im Aktienkassageschäft in Asien (ohne Japan) und bei strukturierten Produkten zurückzuführen. Das Ergebnis im Equity-Derivatives-Geschäft war dahingegen durch Kosten, die im Zusammenhang mit Absicherungsgeschäften gegen signifikante Marktkorrekturen standen, negativ beeinflusst. Das Prime-Services-Geschäft erzielte sehr gute Ergebnisse. Dazu trugen alle wesentlichen Regionen bei. Dies basierte auf bedeutenden neuen Mandaten und dem Ausbau unserer Geschäftsvolumina bei Bestandskunden. Das designierte Aktieneigenhandelsgeschäft erzielte im Berichtsquartal einen Verlust, da Verwerfungen und Korrekturen an den Märkten unser Relative Value Trading und andere Handelsstrategien beeinträchtigten.

Die Erträge aus dem EMISSIONS- UND BERATUNGSGESCHÄFT lagen im Berichtsquartal mit 148 Mio€ um 77 % (493 Mio€) unter denen des Vergleichswerts des Vorjahres. Im Emissionsgeschäft (Debt) entstand im Berichtsquartal ein Verlust. Dieser beinhaltete 603 Mio€ (nach Berücksichtigung darauf entfallender Provisionserträge) aus Marktwertanpassungen auf Kredite und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft. Die offenen Kreditzusagen in diesem Bereich beliefen sich zum Ende des Berichts quartals auf 27 Mrd€. Trotz volatiler Marktbedingungen stiegen die Erträge aus Investment-Grade-Schuldtiteln an. Die Deutsche Bank führte bedeutende Transaktionen durch, die ihr zusätzliche Marktanteile sowie für das dritte Quartal in Folge die Spitzenposition in den europäischen Ranglisten sicherten. Im Emissionsgeschäft (Equity) erhöhten sich die Erträge um 47 %, da die Primärmärkte nicht von den Turbulenzen an den Kreditmärkten beeinträchtigt waren. Die Deutsche Bank verzeichnete hier bedeutende Marktanteils-gewinne in Europa und behauptete ihre Spitzenposition in der Rangliste. Im Beratungsgeschäft erreichten wir mit einer Steigerung um 29 % auf 269 Mio€ die höchsten jemals erzielten Erträge. Dieser Anstieg spiegelt die Fortsetzung

des Marktwachstums der ersten Jahreshälfte 2007 wider. Der Auftragsbestand bei M&A-Aktivitäten blieb trotz des Rückgangs der angekündigten Volumina stabil (Quellen für alle Positionen, Marktvolumina und Informationen zu Provisionsaufkommen: *Thomson Financial, Dealogic*).

Die Erträge aus dem KREDITGESCHÄFT lagen im dritten Quartal mit 214 Mio€ um 9% (22 Mio€) unter dem Niveau des dritten Quartals 2006. Dieser Rückgang reflektiert im Wesentlichen die Anwendung der Fair Value Option auf höhere Volumina neu begebener Kredite.

Die RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT im Unternehmensbereich CB&S zeigte im dritten Quartal 2007 eine Nettoauflösung von 17 Mio€ gegenüber einer Nettoauflösung von 19 Mio€ im Vorjahresquartal.

Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN beliefen sich im Berichtsquartal auf 1,5 Mrd€ und waren damit um 41% (1,0 Mrd€) niedriger als im Vorjahresquartal. Dieser Rückgang resultierte in erster Linie aus gesunkenen leistungsabhängigen Vergütungen im Zusammenhang mit dem Geschäftsergebnis.

Das ERGEBNIS VOR STEUERN ging im Berichtsquartal gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,2 Mrd€ auf negative 179 Mio€ zurück.

NEUNMONATSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

In SALES & TRADING (DEBT UND SONSTIGE PRODUKTE) lagen die Erträge in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 mit 6,8 Mrd€ um 6% (424 Mio€) unter dem Wert des Vergleichszeitraums 2006. Zum Ende des ersten Halbjahres 2007 hatten die Erträge den Wert des Vorjahres noch deutlich überschritten. Der Rückgang im Berichtszeitraum war im Wesentlichen auf die im dritten Quartal entstandenen signifikanten Verluste im Handel mit Kreditprodukten zurückzuführen. Es gab starke Zuwächse im Geschäft mit Geldmarkt- und Zinsprodukten sowie im Devisenhandel. Hierzu trug auch ein starkes drittes Quartal bei. Die Kundenaktivität erreichte in diesen vorgenannten Geschäftsfeldern eine neue Rekordhöhe.

Die Erträge aus SALES & TRADING (EQUITY) lagen im Neunmonatszeitraum 2007 mit 3,5 Mrd€ um 19% (565 Mio€) über dem Wert des Vergleichszeitraums 2006. Das Ertragswachstum war vornehmlich auf eine starke Performance im Geschäft mit Aktienderivaten und im Prime-Services-Geschäft zurückzuführen. Beide Geschäftsfelder profitierten von nachhaltigen Investitionsprogrammen, durch die in der ersten Jahreshälfte 2007 Marktanteile gewonnen werden konnten.

Im EMISSIONS- UND BERATUNGSGESCHÄFT sanken die Erträge in den ersten neun Monaten 2007 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 10% (206 Mio€) auf 1,8 Mrd€. Dieser Rückgang spiegelt Belastungen (nach Berücksichtigung darauf entfallender Provisionen) auf Kredite und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft von insgesamt 715 Mio€ (112 Mio€ im zweiten und 603 Mio€ im dritten Quartal) wider. Die Wertanpassungen wurden innerhalb der Erträge des Emissionsgeschäfts (Debt) erfasst, die dadurch im Jahresvergleich stark rückläufig waren. Dahingegen konnten im Emissionsgeschäft (Equity) Zuwächse verzeichnet werden. Dies war auf die gute Entwicklung an den globalen Aktienmärkten und auf einen fortgesetzten Ausbau unseres globalen Marktanteils in diesem Geschäft zurückzuführen. Die Erträge im Beratungsgeschäft konnten vor dem Hintergrund einer guten Marktsituation weiter ausgebaut werden (Quellen für alle Positionen, Marktvolumina und Informationen zu Provisionsaufkommen: *Thomson Financial, Dealogic*).

In den ersten neun Monaten dieses Jahres betragen die Erträge aus dem KREDITGESCHÄFT 749 Mio€ und waren damit um 5% (39 Mio€) höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT im Unternehmensbereich CB&S entsprach in den ersten neun Monaten 2007 einer Nettoauflösung von 80 Mio €. Im Vorjahreszeitraum wurde hier eine Nettoauflösung von 88 Mio € ausgewiesen.

Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN lagen in den ersten neun Monaten 2007 bei 9,0 Mrd €. Dies entspricht einer Erhöhung von 7 % (564 Mio €) gegenüber dem Neunmonatszeitraum 2006, die vorwiegend aus der gestiegenen Mitarbeiteranzahl und höheren Geschäftsvolumina resultierte. Diese wurde teilweise durch gesunkene leistungsabhängige Vergütungen kompensiert.

Das ERGEBNIS VOR STEUERN verringerte sich in den ersten neun Monaten 2007 um 14 % oder 595 Mio € auf 3,8 Mrd €, verglichen mit dem Neunmonatszeitraum des Vorjahres.

UNTERNEHMENSBEREICH GLOBAL TRANSACTION BANKING (GTB)

in Mio €	3. Quartal			Jan.-Sep.		
	2007	2006	Veränderung in %	2007	2006	Veränderung in %
Erträge insgesamt	661	542	22	1.928	1.644	17
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 2	- 9	- 77	- 1	- 30	- 96
Zinsunabhängige Aufwendungen	399	381	5	1.206	1.123	7
Minderheitsanteile	-	-	N/A	-	-	N/A
Ergebnis vor Steuern	263	170	55	724	552	31

N/A – nicht aussagefähig

QUARTALSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

Die ERTRÄGE in GTB lagen im Berichtsquartal mit 661 Mio € um 22 % (119 Mio €) über dem Wert des Vergleichs quartals 2006. Alle wichtigen Geschäftsbereiche, einschließlich Cash Management, Trust & Securities Services (TSS) und Trade Finance verzeichneten deutliche Ertragszuwächse. Der Anstieg der Zahlungsverkehrsvolumina, insbesondere im internationalen Zahlungsverkehr in Europa, spiegelte sich in den Erträgen aus dem Cash Management wider. Hier profitierten wir von dem Trend, dass Banken und Unternehmen ihre Aktivitäten bei ausgewählten Anbietern von solchen Transaction-Banking-Diensten bündeln. Das Ertragswachstum in TSS war vorwiegend auf gestiegene Aktiva in unserem inländischen Wertpapierverwahrungsgeschäft infolge neuer Kundenbeziehungen zurückzuführen. In Trade Finance resultierten die Ertragszuwächse aus der verbesserten Geschäftsabwicklung von Dokumentenakkreditiven und Exportfinanzierungslösungen für die grenzüberschreitenden Handelsaktivitäten unserer Kunden.

Die RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT im Unternehmensbereich GTB zeigte im dritten Quartal 2007 eine Nettoauflösung von 2 Mio € gegenüber einer Nettoauflösung von 9 Mio € im Vorjahresquartal.

Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN in GTB waren mit 399 Mio € im dritten Quartal 2007 um 5 % (19 Mio €) höher als im Vergleichs quartal des Vorjahres. Der Anstieg war vorwiegend auf eine höhere Mitarbeiteranzahl, auf gestiegene transaktionsbezogene Aufwendungen zur Unterstützung höherer Geschäftsvolumina sowie auf gestiegene leistungsabhängige Vergütungen zurückzuführen.

GTB erzielte im dritten Quartal 2007 ein ERGEBNIS VOR STEUERN in der Rekordhöhe von 263 Mio €. Dies entspricht einem Anstieg von 55 % (93 Mio €) gegenüber dem Vergleichs quartal 2006.

NEUNMONATSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

In den ersten neun Monaten des Berichtszeitraums beliefen sich die ERTRÄGE in GTB auf 1,9 Mrd € und stiegen damit um 17 % (284 Mio €) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Diese Entwicklung resultierte aus einem Volumenzuwachs im Zahlungsverkehr, der überwiegend auf eine starke Kundennachfrage, den oben erwähnten

Trend zur Bündelung von Aktivitäten bei wenigen Anbietern sowie den Ausbau von Kundenbeziehungen im Wertpapierverwahrungsgeschäft zurückzuführen war.

Die RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT im Unternehmensbereich GTB zeigte im Neunmonatszeitraum 2007 eine Nettoauflösung von 1 Mio €. Die Nettoauflösung von 30 Mio € in den ersten neun Monaten 2006 stand im Zusammenhang mit einem günstigen Kreditumfeld.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres betragen die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN in GTB 1,2 Mrd € und stiegen damit um 7 % (83 Mio €) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dieser Anstieg im Berichtszeitraum war im Wesentlichen auf eine gestiegene Mitarbeiteranzahl, größere Transaktionsvolumina und höhere leistungsabhängige Vergütungen zurückzuführen.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres betrug das ERGEBNIS VOR STEUERN 724 Mio € und stieg damit um 31 % (172 Mio €) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

KONZERNBEREICH PRIVATE CLIENTS AND ASSET MANAGEMENT (PCAM)

in Mio €	3. Quartal		Veränderung in %	Jan.–Sep.		Veränderung in %
	2007	2006		2007	2006	
Erträge insgesamt	2.567	2.156	19	7.581	6.843	11
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	124	104	19	365	284	29
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.872	1.608	16	5.571	5.091	9
Minderheitsanteile	1	– 2	N/A	7	– 7	N/A
Ergebnis vor Steuern	569	446	27	1.638	1.475	11

N/A – nicht aussagefähig

Im Konzernbereich PCAM stiegen die ERTRÄGE im dritten Quartal 2007 gegenüber dem Vorjahresquartal um 19 % (411 Mio €) auf 2,6 Mrd €. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich auf 124 Mio €, was einem Anstieg um 19 % (20 Mio €) gegenüber dem dritten Quartal 2006 entspricht. Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN betragen 1,9 Mrd € und lagen damit um 16 % (265 Mio €) über denen des dritten Quartals 2006. Das Ergebnis vor Steuern übertraf mit 569 Mio € das Vergleichsquartal des Vorjahres um 27 % (123 Mio €).

In den ersten neun Monaten dieses Jahres lagen die Erträge in PCAM mit 7,6 Mrd € um 11 % (738 Mio €) über dem Vergleichswert des Vorjahres. Im selben Zeitraum stieg die RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT um 29 % (82 Mio €) auf 365 Mio €. Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN beliefen sich auf 5,6 Mrd €, was einem Anstieg von 9 % (480 Mio €) gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres entspricht. Im Neunmonatszeitraum 2007 verbesserte sich das Ergebnis vor Steuern auf 1,6 Mrd € und war damit um 11 % (163 Mio €) höher als im Vorjahreszeitraum.

Bei den INVESTED ASSETS in PCAM ergaben sich im dritten Quartal 2007 Nettomittelzuflüsse von 17 Mrd €, von denen 13 Mrd € auf AWM und 4 Mrd € auf PBC entfielen. Insgesamt gingen die Invested Assets in PCAM im Berichtsquartal um 4 Mrd € leicht auf 959 Mrd € zurück. Dies war hauptsächlich auf negative Wechselkurseffekte von 17 Mrd € und den Effekt aus dem Verkauf eines Geschäftsfelds im Bereich Asset Management (AM) in Italien zurückzuführen. In den ersten neun Monaten 2007 verzeichnete PCAM Nettomittelzuflüsse von 46 Mrd €, von denen 32 Mrd € auf AWM und 14 Mrd € auf PBC entfielen.

UNTERNEHMENSBEREICH ASSET AND WEALTH MANAGEMENT (AWM)

in Mio €	3. Quartal			Jan.–Sep.		
	2007	2006	Veränderung in %	2007	2006	Veränderung in %
Erträge insgesamt	1.126	904	24	3.273	3.029	8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	- 1	N/A	1	- 1	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	859	725	19	2.521	2.380	6
Minderheitsanteile	1	- 2	N/A	6	- 7	N/A
Ergebnis vor Steuern	265	182	45	744	657	13

N/A – nicht aussagefähig

QUARTALSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

Im dritten Quartal 2007 erreichten die Erträge im Unternehmensbereich AWM 1,1 Mrd€, was einem Anstieg von 24 % (221 Mio€) gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres entspricht. Im PORTFOLIO/FUND MANAGEMENT (AM) stiegen die Erträge um 22 % (114 Mio€), insbesondere durch hohe erfolgsabhängige Provisionen im europäischen Privatkundengeschäft und in RREEF Alternative Investments. In Private Wealth Management (PWM) stiegen die Erträge aus dem PORTFOLIO/FUND MANAGEMENT im Vergleich zum dritten Quartal 2006 um 30 % (23 Mio€). Diese Zunahme resultierte aus höheren Invested Assets sowohl durch die Akquisition von Tilney als auch durch organisches Wachstum. Trotz Unsicherheiten auf den Aktienmärkten beliefen sich die Erträge aus dem BROKERAGEGESCHÄFT auf 243 Mio€. Dieser Anstieg um 32 % (59 Mio€) war in erster Linie auf höhere Invested Assets und gestiegene Transaktionsvolumina, einschließlich der Akquisition von Tilney, zurückzuführen. Des Weiteren trugen höhere Erträge aus Alternative-Investments-Produkten und Fremdwährungsgeschäften zu dieser Entwicklung bei. Im KREDIT-/EINLAGENGESCHÄFT führten höhere Einlagen- und Kreditvolumina sowie verbesserte Margen zu einem Ertragsanstieg von 13 % (6 Mio€). Die Erträge aus SONSTIGEN PRODUKTEN stiegen um 26 % (18 Mio€), vor allem im RREEF-Alternative-Investments-Geschäft. Dieser Anstieg resultierte aus der erstmaligen Konsolidierung eines Infrastrukturinvestments, das in einen RREEF-Fonds eingebracht werden soll. Dem standen niedrigere Erträge aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen gegenüber.

Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN beliefen sich im dritten Quartal 2007 auf 859 Mio€, was einem Anstieg von 19 % (134 Mio€) gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres entspricht. Diese Zunahme ist überwiegend auf die vorgenannte Konsolidierung eines Infrastrukturinvestments im RREEF-Alternative-Investments-Geschäft zurückzuführen.

AWM erzielte mit 265 Mio€ ein ERGEBNIS VOR STEUERN, das um 45 % (83 Mio€) über dem Vorjahresquarter lag.

NEUNMONATSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

In den ersten neun Monaten 2007 stiegen die Erträge von AWM gegenüber dem Vorjahreswert um 8 % (244 Mio€) auf 3,3 Mrd€. Die Erträge im PORTFOLIO/FUND MANAGEMENT (AM) blieben gegenüber dem Neunmonatszeitraum des Vorjahres weitgehend unverändert. Im PORTFOLIO/FUND MANAGEMENT von PWM verbesserten sich die Erträge um 26 % (62 Mio€). Dies war auf organisches und akquisitionsbedingtes Wachstum der Invested Assets sowie auf positive Marktwertentwicklungen zurückzuführen. Im BROKERAGEGESCHÄFT stiegen die Erträge in den ersten neun Monaten um 18 % (109 Mio€) auf 719 Mio€, was aus höheren Transaktionsvolumina und gestiegenen Invested Assets resultierte. Im KREDIT-/EINLAGENGESCHÄFT verbesserten sich die Erträge auf Grund höherer Einlagen- und Kreditvolumina sowie gestiegener Margen um 16 % (22 Mio€). Die Erträge aus SONSTIGEN PRODUKTEN erhöhten sich im Vergleich zu den ersten neun Monaten 2006 um 24 % (62 Mio€), insbesondere auf Grund der erwähnten Konsolidierung des Infrastrukturinvestments. In beiden Jahren waren in den Erträgen aus sonstigen Produkten Gewinne aus dem Verkauf von AM-Geschäftsfeldern in vergleichbarer Höhe enthalten.

In den ersten neun Monaten 2007 nahmen die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN gegenüber dem Vorjahreswert um 6 % (141 Mio€) auf 2,5 Mrd€ zu. Niedrigere leistungsabhängige Vergütungen, vor allem im Immobilieninvestment-

geschäft von AM, wurden durch die vorgenannte Konsolidierung des Infrastrukturinvestments und höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Implementierung der Wachstumsstrategie von PWM ausgeglichen.

AWM erzielte in den ersten neun Monaten des Jahres ein ERGEBNIS VOR STEUERN von 744 Mio€, das damit um 13 % (87 Mio€) über dem Vorjahreswert lag.

UNTERNEHMENSBEREICH PRIVATE & BUSINESS CLIENTS (PBC)

in Mio €	3. Quartal		Veränderung in %	Jan.–Sep.		Veränderung in %
	2007	2006		2007	2006	
Erträge insgesamt	1.441	1.252	15	4.309	3.815	13
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	124	105	18	364	285	28
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.013	883	15	3.050	2.712	12
Minderheitsanteile	0	0	N/A	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	304	264	15	894	818	9

N/A – nicht aussagefähig

QUARTALSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

Im dritten Quartal 2007 sind die Geschäftsvolumina in PBC sowohl im Kredit- als auch im Einlagengeschäft weiter gestiegen. Die INVESTED ASSETS beliefen sich am Ende des Berichtsquartals auf 200 Mrd€. PBC hat im dritten Quartal 2007 Nettomittelzuflüsse von 4 Mrd€ erzielt.

Die ANZAHL DER KUNDEN in PBC erhöhte sich im dritten Quartal 2007 um circa 256.000 Neukunden auf 13,4 Mio. Dies ist vor allem auf eine Steigerung in Deutschland, aber auch in Indien, Italien und Polen zurückzuführen.

Die Erträge in PBC beliefen sich auf 1,4 Mrd€ und lagen damit um 15 % (189 Mio€) über dem Vergleichswert des dritten Quartals 2006. Im KREDIT-/EINLAGENGESCHÄFT stiegen sie um 15 % (100 Mio€) gegenüber dem Vorjahresquartal. Dieses Wachstum war vor allem Folge höherer Volumina durch die Akquisition von Berliner Bank und norisbank. Die Erträge aus dem PORTFOLIO/FUND MANAGEMENT wuchsen um 13 % (8 Mio€). Im BROKERAGEGESCHÄFT beliefen sich die Erträge auf 289 Mio€. Sie übertrafen damit trotz der Unsicherheiten auf den Aktienmärkten den Wert des Vorjahresquartals um 16 % (40 Mio€). In den Produkten ZAHLUNGSVERKEHR, KONTOFÜHRUNG UND SONSTIGE FINANZDIENSTLEISTUNGEN wurden Erträge von 238 Mio€ erzielt. Der Anstieg um 10 % (21 Mio€) gegenüber dem Vorjahresquartal resultierte im Wesentlichen aus den bereits erwähnten Akquisitionen.

Die RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT belief sich im dritten Quartal auf 124 Mio€. Dieser Anstieg um 18 % (19 Mio€) gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres war Folge der vorgenannten Akquisitionen.

Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN waren im dritten Quartal mit 1,0 Mrd€ um 15 % (130 Mio€) höher als im Vorjahresquartal. Diese Entwicklung war vor allem auf die Akquisitionen, damit verbundene Integrationskosten, und auf fortgesetzte Investitionen in Wachstumsregionen, insbesondere in Indien und Polen, zurückzuführen.

Das ERGEBNIS VOR STEUERN von PBC belief sich im dritten Quartal 2007 auf 304 Mio€. Es war damit gegenüber dem Vorjahresquartal um 15 % (40 Mio€) verbessert.

NEUNMONATSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

In den ersten neun Monaten 2007 stiegen die INVESTED ASSETS um 24 Mrd€. Davon entfielen 14 Mrd€ auf Nettomittelzuflüsse.

In den ersten neun Monaten 2007 verzeichnete PBC 676.000 Neukunden (bereinigt um die Effekte der Akquisition der Berliner Bank und des Verkaufs der italienischen Processingaktivitäten von BankAmericard).

Die Erträge erreichten in den ersten neun Monaten des Jahres 4,3 Mrd€. Dies entspricht einem Anstieg um 13 % (494 Mio€). Im KREDIT-/EINLAGENGESCHÄFT nahmen die Erträge im Vergleich zu den ersten neun Monaten des Vorjahres um 15 % (287 Mio€) zu. Dieser Anstieg war Folge der vorgenannten Akquisitionen sowie von organischem Wachstum. Die Erträge aus dem PORTFOLIO/FUND MANAGEMENT stiegen in den ersten neun Monaten auf 222 Mio€ und verzeichneten damit eine leichte Erhöhung um 4 % (8 Mio€). Im BROKERAGEGESCHÄFT nahmen die Erträge in den ersten neun Monaten von 2007 um 13 % (105 Mio€) auf 943 Mio€ zu, vor allem auf Grund erfolgreicher Produktinnovationen und durch die Akquisitionen. Die Erträge in den Produkten ZAHLUNGSVERKEHR, KONTOFÜHRUNG UND SONSTIGE FINANZDIENSTLEISTUNGEN erreichten in den ersten neun Monaten 690 Mio€, was einem Anstieg von 7 % (48 Mio€) entspricht. Die Erträge aus SONSTIGEN PRODUKTEN erhöhten sich im Vergleich zu den ersten neun Monaten 2006 um 22 % (46 Mio€) und enthielten Gewinne von 24 Mio€ aus dem Verkauf von Geschäftsfeldern im ersten Quartal 2007.

Die RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT belief sich in den ersten neun Monaten auf 364 Mio€. Der Anstieg um 28 % (80 Mio€) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres resultierte aus den vorgenannten Akquisitionen.

Die ZINSUNABHÄNGIGEN AUFWENDUNGEN lagen mit 3,1 Mrd€ um 12 % (338 Mio€) über dem Wert der ersten neun Monate 2006. Dieser Zuwachs war vorwiegend auf die genannten Akquisitionen, einschließlich Integrationskosten, sowie auf fortgesetzte Investitionen in Wachstumsregionen zurückzuführen.

PBC erzielte in den ersten neun Monaten des Jahres ein ERGEBNIS VOR STEUERN von 894 Mio€, das damit um 9 % (76 Mio€) über dem Vergleichswert des Vorjahres lag.

KONZERNBEREICH CORPORATE INVESTMENTS (CI)

in Mio €	3. Quartal		Veränderung in %	Jan.–Sep.		Veränderung in %
	2007	2006		2007	2006	
Erträge insgesamt	654	81	N/A	1.351	407	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 1	- 0	N/A	- 0	3	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	26	36	- 30	191	123	55
Minderheitsanteile	1	- 0	N/A	- 5	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	629	45	N/A	1.166	281	N/A

N/A – nicht aussagefähig

QUARTALSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

Das ERGEBNIS VOR STEUERN belief sich im dritten Quartal 2007 auf 629 Mio€, nach 45 Mio€ im Vergleichsquarter des Vorjahres. Das Berichtsquarter enthielt Gewinne von 305 Mio€ aus dem Teilverkauf unserer Industriebeteiligungen an der Allianz SE und der Linde AG, einen Gewinn in Höhe von 187 Mio€ aus einer Sale-und-Leaseback-Transaktion für unser Gebäude 60 Wall Street in New York sowie Marktwertgewinne aus der Option zur Erhöhung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in China.

NEUNMONATSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

Das ERGEBNIS VOR STEUERN belief sich in den ersten neun Monaten auf 1,2 Mrd € nach 281 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Zusätzlich zu den oben genannten Faktoren im Berichtsquartal waren weitere Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen von 159 Mio € (vor allem aus Fiat S.p.A.), ein Ergebnis von 178 Mio € aus der nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG (das zu einer Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill von CI und dadurch zu einer Abschreibung von 54 Mio € führte), Dividendenerträge von 139 Mio € und weitere Marktwertgewinne aus der Option zur Erhöhung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. enthalten. Darüber hinaus belief sich der Gewinn aus der Sale-und-Leaseback-Transaktion für unsere Immobilie 60 Wall Street in den ersten neun Monaten auf insgesamt 313 Mio €. Im Vorjahr beinhaltete das Ergebnis vor Steuern einen Gewinn von 131 Mio € aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO AG, einen Gewinn von 92 Mio € aus dem Teilverkauf unserer Beteiligung an der Linde AG und Dividendenerträge von 119 Mio €.

CONSOLIDATION & ADJUSTMENTS

in Mio €	3. Quartal		Veränderung in %	Jan.–Sep.		Veränderung in %
	2007	2006		2007	2006	
Erträge insgesamt	- 52	101	N/A	- 99	- 304	- 68
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	- 0	N/A	- 1	- 0	118
Zinsunabhängige Aufwendungen	- 210	14	N/A	- 109	- 48	129
Minderheitsanteile	- 9	- 7	43	- 20	- 24	- 18
Ergebnis vor Steuern	168	93	80	31	- 232	N/A

N/A – nicht aussagefähig

QUARTALSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

CONSOLIDATION & ADJUSTMENTS verzeichnete im dritten Quartal 2007 ein Ergebnis vor Steuern von 168 Mio €. Dies enthielt negative Überleitungsposten von 28 Mio € aus Bewertungsunterschieden zwischen den für die Managementberichterstattung angewandten Bilanzierungsmethoden und den Rechnungslegungsstandards nach IFRS. Daneben trugen Corporate Items (Sachverhalte, die nicht den Unternehmensbereichen zuzuordnen sind) mit einem Nettogewinn von 197 Mio € zu diesem Ergebnis bei. Die Corporate Items enthielten einen positiven Effekt aus einer mit der Steuerverwaltung abgestimmten verfeinerten Methode zur Erstattung von Vorsteuer für Vorjahre sowie Erstattungen von Versicherungen im Zusammenhang mit verschiedenen Rechtsverfahren. Im dritten Quartal des letzten Jahres belief sich das Ergebnis vor Steuern auf 93 Mio €. Davon entfielen 15 Mio € auf Überleitungsposten auf Grund von Bewertungsunterschieden zwischen den für die Managementberichterstattung angewandten Bilanzierungsmethoden und den Rechnungslegungsstandards nach IFRS und 78 Mio € auf Corporate Items. Letztere enthielten Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zur Erstattung von Verlusten auf Grund von Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 entstanden waren.

NEUNMONATSVERGLEICH 2007 VERSUS 2006

In den ersten neun Monaten 2007 verzeichnete CONSOLIDATION & ADJUSTMENTS ein Ergebnis vor Steuern von 31 Mio €. Darin enthalten waren negative Überleitungsposten von 50 Mio € aus Bewertungsunterschieden zwischen den für die Managementberichterstattung angewandten Bilanzierungsmethoden und den Rechnungslegungsstandards nach IFRS sowie 81 Mio € aus Corporate Items. Die Corporate Items umfassten neben den vorgenannten Effekten im Berichtsquartal Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten sowie eine Belastung im Zusammenhang mit dem Kauf eines von der Bank genutzten Gebäudes. Im Vorjahr wurde in den ersten neun Monaten ein Verlust vor Steuern in Höhe von 232 Mio € verzeichnet. Negative Überleitungsposten auf Grund von Unterschieden zwischen den in der Managementberichterstattung angewandten Bilanzierungsmethoden und den Rechnungslegungsstandards nach IFRS beliefen sich auf 284 Mio €. Die Corporate Items trugen einen Nettogewinn von 52 Mio € bei, überwiegend aus den vorgenannten Zahlungen von Versicherungsgesellschaften im dritten Quartal 2006, die durch verschiedene kleinere Aufwandsposten teilweise ausgeglichen wurden.

BILANZENTWICKLUNG

Die Konzernbilanzsumme belief sich zum 30. September 2007 auf 1.879 Mrd € und war damit um 307 Mrd € höher als zum 31. Dezember 2006. Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus einer Ausweitung der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 122 Mrd €, vorwiegend bei zins-, währungs- und kreditbezogenen Produkten. Darüber hinaus stiegen die Forderungen aus Wertpapierkassageschäften um 52 Mrd €. Die Forderungen aus durch Wertpapiere unterlegten Geldgeschäften (Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Forderungen aus Wertpapierleihen) stiegen um 26 Mrd €. Die Summe der Passiva erhöhte sich entsprechend durch einen Anstieg der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 120 Mrd €. Die Verbindlichkeiten aus durch Wertpapiere unterlegten Geldgeschäften nahmen um 61 Mrd € zu und die Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften stiegen um 50 Mrd €. Die langfristigen Verbindlichkeiten erhöhten sich in der Folge der Begebung von strukturierten Schuldverschreibungen um 24 Mrd €.

Die IFRS-Konzernbilanzsumme ist deutlich höher als die Konzernbilanzsumme nach US GAAP. Wesentliche Gründe für diese Bilanzverlängerung sind spezifische Saldierungen für Derivate, für Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und für Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften, die nur nach US GAAP-Rechnungslegungsvorschriften, nicht jedoch nach IFRS zulässig sind. Ausführliche Erläuterungen zu dieser Bilanzverlängerung sowie zu weiteren Auswirkungen der Überleitung finden sich in unserem Bericht zur Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS.

AUSBLICK

Der folgende Abschnitt sollte in Verbindung mit dem Ausblick im Lagebericht und dem Risikobericht im Konzernabschluss für das Jahr 2006 gelesen werden.

Die Rahmenbedingungen für das Wachstum der Weltwirtschaft haben sich im dritten Quartal verschlechtert. In den USA hat sich die Rezession im Wohnungsbau weiter verschärft und die Beschäftigungsentwicklung abgeschwächt. Dies dürfte den privaten Konsum spürbar belasten, so dass in den USA nur noch mit einem Wirtschaftswachstum von knapp 2 % im Jahresdurchschnitt 2007 zu rechnen ist. Trotz der Zinssenkung durch die amerikanische Notenbank dürften die Schwierigkeiten am US-amerikanischen Hypothekenmarkt und ihre Auswirkungen auf Teile des Vertriebsmarkts sowie andere Marktsegmente noch längere Zeit anhalten. Entsprechend wird sich auch das Wachstum in der übrigen Welt abschwächen, wenngleich sich die Dynamik Chinas nur wenig verlangsamen dürfte. Für das laufende Jahr ist für Deutschland von einem Wachstum von knapp 2,5 % auszugehen. Für die Weltwirtschaft insgesamt ist eine Wachstumsrate von 4,75 % in 2007 zu erwarten.

Die angespannte Lage an den Finanzmärkten hat sich zuletzt etwas normalisiert und eine leichte Wiederbelebung der Märkte zeichnet sich ab. Dennoch dürfte der Risikoappetit von Investoren auf absehbare Zeit weit unter dem noch im Sommer erreichten Niveau bleiben. Dies betrifft insbesondere das Emissions- und Handelsgeschäft mit Wertpapieren, das nur eine begrenzte Dynamik verzeichnen wird. Als Konsequenz dürften im vierten Quartal die Erträge im Investment Banking signifikant unter den zuletzt erreichten Höchstständen liegen – damit aber immer noch auf einem im langjährigen Vergleich hohen Niveau bleiben. Gleichzeitig sollte sich das erhöhte Risikobewusstsein von Banken und Investoren positiv auf die Margenentwicklung auswirken.

Zweifellos werden auch künftig Herausforderungen nicht ausbleiben. Die Schwierigkeiten am US-amerikanischen Hypothekenmarkt könnten anhalten und sich auf die Realwirtschaft auswirken. An den Finanzmärkten dürfte voraussichtlich eine vorsichtiger Risikoabwägung bestimmend bleiben. Dennoch bietet diese Situation auch Chancen für die Deutsche Bank. Als ein Marktführer im Investment Banking und einer der großen globalen Vermögensverwalter dürften wir von der „Flucht in Qualität“ profitieren. Wir haben enge Beziehungen zu unseren Kunden, für die wir auch dann ein zuverlässiger Berater und Partner bleiben, wenn sich deren Prioritäten verschieben. Unsere Kapitalstärke

und breite Finanzierungsbasis sind wertvolle Wettbewerbsvorteile gerade in einem Umfeld, in dem die Liquidität und Fähigkeit zur Kapitalbereitstellung von den Kunden besonders geschätzt werden. Die Anleger wollen auch weiterhin eine hohe Rendite erzielen und es besteht nach wie vor Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Vermögenswerten zu Preisen, die ein ausgewogenes Verhältnis von Risiken und Chancen widerspiegeln. Im Verkauf und Handel von Wertpapieren werden wir auch künftig den Schwerpunkt des Geschäfts auf innovative Problemlösungen für unsere Kunden legen. Dennoch können in einzelnen Geschäftssparten Anpassungen notwendig werden, um uns konsequent auf die Bereiche mit dem größten Wachstumspotenzial auszurichten. Dazu gehören beispielsweise die wachstumsstarken Schwellenländer.

Aber auch die längerfristigen Trends kommen uns entgegen. Die Globalisierung der Weltwirtschaft wird anhalten und kann sich sogar noch beschleunigen, da die Schwellenländer schneller wachsen als die Industrieländer. Mit unserem globalen Netzwerk und unserer starken Position in diesen Märkten können wir uns diese Entwicklungen zunutze machen. Die weltweiten Finanzmärkte werden ebenfalls weiterwachsen, wovon die führenden Investmentbanken und damit auch die Deutsche Bank besonders profitieren werden. Und schließlich dürften der notwendige Aufbau der Altersvorsorge und die individuelle Vermögensbildung das Anlagevermögen weiter steigen lassen. Dies sollte für uns als ein führender globaler Vermögensverwalter von Vorteil sein.

Unsere Strategie ist klar. Unsere Managementagenda gilt unverändert. Wir haben das vierte Quartal gut begonnen und sind weiterhin davon überzeugt, dass wir unsere gesetzten Ziele für 2008 unter der Annahme normal funktionierender Märkte erreichen werden.

Bescheinigung der unabhängigen, beim PCAOB registrierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

AN DIE DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT, FRANKFURT AM MAIN

Wir haben die Konzernbilanz zum 30. September 2007 und die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung und die Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen für die Drei- und Neunmonatszeiträume endend am 30. September 2007 und 2006, sowie die Konzernkapitalflussrechnung der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, einschließlich ihrer Tochterunternehmen (Deutsche Bank-Gruppe) für die Neunmonatszeiträume endend am 30. September 2007 und 2006 (Konzernzwischenabschluss) einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des Konzernzwischenabschlusses und die faire Präsentation entsprechend den International Financial Reporting Standards (IFRS) für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) verlautbart worden sind, liegen in der Verantwortung des Vorstands.

Wir haben die prüferische Durchsicht des Abschlusses unter Beachtung der vom Public Company Accounting Oversight Board (United States) festgestellten Grundsätze vorgenommen. Eine prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen beschränkt sich in erster Linie auf analytische Beurteilungen und Befragungen von bestimmten Mitarbeitern der Gesellschaft. Sie hat einen wesentlich geringeren Umfang als eine Abschlussprüfung unter Beachtung der vom Public Company Accounting Oversight Board (United States) festgestellten Grundsätze, deren Ziel die Erteilung eines Bestätigungsvermerks ist. Dementsprechend erteilen wir keinen Bestätigungsvermerk.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der beigefügte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit der Grundlage, die in der Grundlage der Erstellung und in der Angabe zu den wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätzen dargestellt ist, welche beschreibt, wie die Ansatz- und Bewertungsvorschriften der IFRS angewandt worden sind, aufgestellt worden ist. Diese Beurteilung schließt die Annahmen ein, welche der Vorstand bezüglich der Rechnungslegungsgrundsätze getroffen hat, deren Anwendung im ersten aufgestellten Konzernabschluss nach IFRS zum 31. Dezember 2007 erwartet wird.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Grundlage der Erstellung des Konzernzwischenabschlusses hin, welche darstellt, warum bis zur Aufstellung des ersten Konzernabschlusses nach IFRS zum 31. Dezember 2007 die Möglichkeit besteht, dass der Vorstand der Deutsche Bank Aktiengesellschaft Änderungen der im Konzernzwischenabschluss angewandten Rechnungslegungsgrundsätze für notwendig erachten kann.

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft

Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frankfurt am Main, 30. Oktober 2007

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung (nicht testiert)

GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

in Mio €	3. Quartal			Jan.–Sep.
	2007	2006	2007	2006
Zinserträge	16.830	14.572	51.298	43.402
Zinsaufwendungen	14.697	12.667	45.141	38.006
Zinsüberschuss	2.133	1.905	6.157	5.396
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	105	76	283	168
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.028	1.829	5.874	5.228
Provisionsüberschuss	3.016	2.556	9.089	8.248
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	– 837	1.493	6.196	6.609
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	454	187	780	409
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	17	72	359	373
Sonstige Erträge	312	156	873	283
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	2.962	4.464	17.297	15.922
Personalaufwand	1.696	2.748	9.899	9.414
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	1.847	1.745	5.916	5.194
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–	54	–
Restrukturierungsaufwand	– 2	18	– 10	118
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.541	4.511	15.859	14.726
Ergebnis vor Steuern	1.449	1.782	7.312	6.424
Ertragsteueraufwand/-ertrag (–)	– 182	536	1.772	2.173
Gewinn nach Steuern	1.631	1.246	5.540	4.251
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	9	7	19	24
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.622	1.239	5.521	4.227

ERGEBNIS JE AKTIE (EPS)

in €	3. Quartal			Jan.–Sep.
	2007	2006	2007	2006
Ergebnis je Aktie:				
Basic	3,43 €	2,67 €	11,66 €	9,04 €
Verwässert ¹	3,31 €	2,43 €	11,13 €	8,05 €
Anzahl der Aktien in Mio				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie	472,6	464,6	473,4	467,5
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	489,4	510,3	495,9	521,6

¹ Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung. Dieser Effekt betrug für das 3. Quartal 2007 und für den Neunmonatszeitraum 2007 0,00 €. Für das 3. Quartal 2006 betrug dieser Effekt 0,00 € und für den Neunmonatszeitraum 2006 minus 0,05 €.

Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen (nicht testiert)

in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigter Gewinn nach Steuern	1.631	1.246	5.540	4.251
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 135	585	1.367	190
Reklassifizierung auf Grund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	- 413	- 184	- 739	- 467
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, vor Steuern	21	21	- 22	- 61
Anpassungen aus der Währungsumrechnung:				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 717	203	- 916	- 428
Reklassifizierung auf Grund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	-	-	-	-
Steuern auf Positionen, die direkt im Eigenkapital erfasst oder aus dem Eigenkapital reklassifiziert wurden	176	- 163	242	- 70
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	- 1.068	462	- 68	- 836
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen	563	1.708	5.472	3.415
Zurechenbar:				
den Minderheitsanteilen	12	7	24	23
den Deutsche Bank Aktionären	551	1.701	5.448	3.392

Konzernbilanz (nicht testiert)

AKTIVA

in Mio €	30.9.2007	31.12.2006
Barreserve	11.808	7.008
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	19.184	19.199
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	11.084	14.265
Forderungen aus Wertpapierleihen	70.195	62.943
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.294.523	1.091.045
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	41.678	35.271
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	2.794	3.389
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	193.352	181.291
Sachanlagen	2.515	3.241
Immaterielle Vermögenswerte	8.774	8.612
Sonstige Aktiva	215.602	139.031
Steuerforderungen	7.503	6.473
Summe der Aktiva	1.879.012	1.571.768

PASSIVA

in Mio €	30.9.2007	31.12.2006
Einlagen	443.370	411.916
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	143.704	102.200
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	11.594	21.174
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	817.549	666.293
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	45.965	48.433
Sonstige Passiva	210.556	144.130
Rückstellungen	1.594	1.768
Steuerverbindlichkeiten	6.687	6.358
Langfristige Verbindlichkeiten	150.970	127.015
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	5.906	4.771
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	3.575	4.327
Summe der Verbindlichkeiten	1.841.470	1.538.385
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1.353	1.343
Kapitalrücklage	15.441	15.246
Gewinnrücklagen	24.063	20.359
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 2.812	- 2.378
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	- 3.574	- 4.307
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern		
Unrealisierte Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen	4.006	3.208
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern	- 63	- 45
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	- 1.613	- 760
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	2.330	2.403
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	36.801	32.666
Minderheitsanteile	741	717
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	37.542	33.383
Summe der Passiva	1.879.012	1.571.768

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Jan.–Sep.	
	2007	2006
Stammaktien		
Anfangsbestand	1.343	1.420
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	10	17
Einziehung von Stammaktien	–	– 102
Endbestand	1.353	1.335
Kapitalrücklage		
Anfangsbestand	15.246	14.464
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	– 40	– 363
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	236	438
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	– 53	184
Optionsprämien aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	70	– 24
Gewinne/Verluste aus dem Verkauf Eigener Aktien	– 20	73
Sonstiges	2	–
Endbestand	15.441	14.772
Gewinnrücklagen		
Anfangsbestand	20.359	17.764
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbarer Gewinn nach Steuern	5.521	4.227
Gezahlte Bardividende	– 2.005	– 1.239
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	277	180
Gewinne aus dem Verkauf Eigener Aktien	–	214
Einziehung von Stammaktien	–	– 2.667
Sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	– 6	37
Sonstiges	– 83	– 11
Endbestand	24.063	18.505
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten		
Anfangsbestand	– 2.378	– 3.368
Käufe von Aktien	– 37.039	– 29.049
Verkäufe von Aktien	35.642	26.442
Einziehung von Aktien	–	2.769
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	963	1.001
Endbestand	– 2.812	– 2.205
Als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital		
Anfangsbestand	– 4.307	– 4.449
Zugänge	– 1.189	– 1.659
Abgänge	1.922	1.462
Endbestand	– 3.574	– 4.646
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern		
Anfangsbestand	2.403	2.751
Veränderung unrealisierter Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen	798	– 293
Veränderung unrealisierter Gewinne/Verluste aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern	– 18	– 48
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	– 853	– 494
Endbestand	2.330	1.916
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital zum Ende der Periode	36.801	29.677
Minderheitsanteile		
Anfangsbestand	717	624
Minderheitsanteile am Ergebnis	19	24
Zugänge	268	521
Abgänge und Dividendenzahlungen	– 248	– 403
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	– 15	– 23
Endbestand	741	743
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile zum Ende der Periode	37.542	30.420

Teil der Sonstigen Finanzinformationen.

Konzern-Kapitalflussrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Jan.–Sep.	
	2007	2006
Gewinn nach Steuern	5.540	4.251
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	312	220
Restrukturierungsaufwand	- 10	6
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	- 1.515	- 738
Latente Ertragsteuern, netto	323	119
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	1.222	1.027
Anteilige Gewinne aus nach der Equity Methode bilanzierten Unternehmen	- 351	- 185
Gewinn nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand, Ertrag und sonstige Posten	5.521	4.700
Anpassungen auf Grund eines Nettoanstiegs/-rückgangs beziehungsweise einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	6.761	- 1.179
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	- 8.215	- 15.056
Handelsaktiva	- 206.871	- 48.995
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (exkl. Investitionstätigkeit)	- 37.277	- 20.131
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	- 14.918	- 24.117
Sonstige Aktiva	- 83.604	- 81.767
Einlagen	36.884	992
Handelspassiva	134.693	30.715
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (exkl. Finanzierungstätigkeit) ¹	41.540	33.671
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen, aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	38.748	8.443
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	- 410	16.557
Sonstige Passiva	69.862	82.641
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten ²	28.492	23.245
Sonstige, per saldo	3.955	2.754
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	15.161	12.473
Cashflow aus Investitionstätigkeit:		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Vermögenswerte)	9.669	8.539
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Vermögenswerte)	6.397	2.099
Verkauf von nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	1.189	3.241
Verkauf von Sachanlagen	987	115
Erwerb von:		
zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Vermögenswerte)	- 19.587	- 15.461
nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	- 444	- 1.482
Sachanlagen	- 425	- 234
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	- 73	- 427
Sonstige, per saldo	240	29
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	- 2.047	- 3.581
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	685	282
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	- 2.114	- 1.139
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	1.371	674
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	- 434	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	243	449
Kauf Eigener Aktien	- 37.040	- 29.050
Verkauf Eigener Aktien	35.600	26.703
Dividendenzahlung an Minderheitsanteile	- 13	- 26
Nettoveränderung der Minderheitsanteile	52	143
Gezahlte Bardividende	- 2.005	- 1.239
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 3.655	- 3.203
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	- 494	- 362
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	8.965	5.327
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	17.354	13.422
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	26.319	18.749
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente gemäß Kapitalflussrechnung	8.965	5.327
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
Gezahlte Ertragsteuern, netto	2.405	2.100
Gezahlte Zinsen	44.755	36.944
Erhaltene Zinsen und Dividenden	51.298	43.402
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserve	11.808	6.080
Sichteinlagen bei Banken	14.511	12.669
Insgesamt	26.319	18.749

1 Einschließlich Emission von vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 16.757 Mio € und Rückzahlungen/Rücklauf in Höhe von 7.201 Mio € bis zum 30. September 2007 (bis 30.9.2006: 7.360 Mio € und 8.752 Mio €).

2 Einschließlich Emission in Höhe von 47.726 Mio € und Rückzahlung/Rücklauf in Höhe von 32.428 Mio € bis zum 30. September 2007 (bis 30.9.2006: 48.594 Mio € und 23.124 Mio €).

Grundlage der Erstellung

Mit Wirkung vom 1. Januar 2007 erstellt der Konzern seinen Jahresabschluss und seine Zwischenabschlüsse nach den International Financial Reporting Standards („IFRS“) so, wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Da der Konzern die von der EU bei der Übernahme von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, eingeräumte Ausnahmeregelung („Carve-out“) für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen („Hedge Accounting“) nicht nutzt, erfüllt der Konzernabschluss vollständig die Regelungen der vom IASB veröffentlichten IFRS.

Die Zwischenabschlüsse entsprechen den bis zum 31. Dezember 2006 veröffentlichten und in Kraft getretenen IFRS, die zum 30. September 2007 unverändert gültig waren. Auf dieser Grundlage beruhen die im Folgenden dargestellten Rechnungslegungsgrundsätze, die so voraussichtlich auch anzuwenden sind, wenn der Konzern seinen ersten Jahresabschluss nach IFRS erstellen wird. Die in diesem Bericht enthaltene Segmentberichterstattung wurde nach den Bestimmungen von IFRS 8, „Operating Segments“, erstellt und beinhaltet eine Überleitung auf IAS 14, „Segment Reporting“. IFRS 8 ist seitens des IASB verabschiedet worden, bedarf aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU.

Der vorliegende Zwischenabschluss wurde in Übereinstimmung mit der IFRS-Vorschrift für die Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) erstellt. Es handelt sich um den dritten nach IFRS erstellten Zwischenabschluss, der einen Teil des im Jahresabschluss insgesamt abzudeckenden Berichtszeitraums umfasst und den Vorschriften von IFRS 1, „First-time Adoption of International Reporting Standards“, genügt. Der Zwischenabschluss, bestehend aus den entsprechenden Angaben zu den Rechnungslegungsgrundsätzen, zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung, zur Bilanz, zu den sonstigen Finanzinformationen und zur Überleitung der IFRS-Vergleichszahlen von den bisher angewandten Rechnungslegungsgrundsätzen, beinhaltet nicht vollumfänglich die Angaben, wie sie für einen Jahresabschluss verpflichtend sind. Deshalb sollte der vorliegende Zwischenabschluss im Zusammenhang mit dem US GAAP-Konzernabschluss und den zugehörigen Erläuterungen (Notes), dargestellt im Deutsche Bank Finanzbericht 2006 und dem SEC-Bericht nach „Form 20-F“, sowie dem am 19. April 2007 veröffentlichten Bericht zur Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS – Vergleichsinformationen für 2006 (nachstehend „Umstellungsbericht“) gelesen werden. Der Umstellungsbericht, in dem erläutert wird, wie sich die IFRS-Umstellung auf die bisher nach US GAAP erstellte Bilanz und Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns ausgewirkt hat, ist auf der Website von Deutsche Bank Investor Relations verfügbar.

Im Rahmen der Erstellung dieses Zwischenabschlusses hatte das Management Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich der Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, der Wertminderung (Impairment) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, der Realisierbarkeit von aktiven latenten Steuern sowie gesetzlicher, regulatorischer, steuerlicher und sonstiger Vorgänge zu treffen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Nach Überzeugung des Managements wurden alle periodisch wiederkehrenden Anpassungen, die für eine angemessene Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage notwendig sind, berücksichtigt.

Die Erstellung des Zwischenabschlusses führte zu Änderungen der Rechnungslegungsgrundsätze im Vergleich zu denjenigen, die für den letzten auf der Grundlage von US GAAP erstellten Jahresabschluss maßgeblich waren. Die nachstehenden Rechnungslegungsgrundsätze wurden stetig für alle dargestellten Berichtsperioden angewandt. Sie wurden, wie von IFRS 1 verlangt, auch der Erstellung der IFRS-Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2006 zu Grunde gelegt. Die Auswirkungen der Umstellung von US GAAP auf IFRS wurden im Umstellungsbericht beschrieben und die Effekte auf die Vergleichszeiträume sind in dem Abschnitt „Überleitung der IFRS-Vergleichszahlen von den bisher angewandten Rechnungslegungsgrundsätzen“ dieses Zwischenberichts dargelegt.

Die vorliegenden Zwischenabschlüsse zum 30. September 2007 und 2006 sowie für die dann endenden Quartals- und Neunmonatszeiträume sind nicht testiert und enthalten die Abschlüsse der Deutschen Bank AG und ihrer Tochtergesellschaften. Die Zwischenabschlüsse sind in Euro erstellt. Die in diesen Zwischenabschlüssen veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2007 gewertet werden.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

IFRIC 14

Im Juli 2007 veröffentlichte das International Financial Reporting Interpretations Committee („IFRIC“) die Interpretation IFRIC 14, „IAS 19 – The Limit on a Defined Benefit Asset, Minimum Funding Requirements and their Interaction“ („IFRIC 14“). IFRIC 14 enthält allgemeine Leitlinien zur Bestimmung der Obergrenze des Überschussbetrags eines Pensionsfonds, der nach IAS 19, „Employee Benefits“, als Vermögenswert erfasst werden kann. Die Interpretation beschreibt ebenfalls, wie sich eine gesetzliche oder vertragliche Mindestfinanzierungsvorschrift auf die Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten eines Pensionsplans auswirken kann. Nach IFRIC 14 hat der Arbeitgeber keine weitere Verbindlichkeit anzusetzen, es sei denn, die nach den Mindestfinanzierungsvorschriften zu zahlenden Beiträge können nicht an die Gesellschaft zurückerstattet werden. IFRIC 14 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2008 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. IFRIC 14 ist seitens des IASB verabschiedet worden, bedarf aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Erstanwendung von IFRIC 14 auf den Konzernabschluss.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze (nicht testiert)

Im Folgenden werden die vom Konzern angewandten wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze gemäß IFRS beschrieben, die der Erstellung der in dem vorliegenden Bericht enthaltenen Finanzinformationen zu Grunde liegen.

GRUNDSÄTZE DER KONSOLIDIERUNG

Die konsolidierten Finanzinformationen in diesem Bericht beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter Zweckgesellschaften („SPEs“), dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit. Die Berichterstattung erfolgt in Euro, welcher die Berichtswährung des Konzerns ist.

TOCHTERGESELLSCHAFTEN

Tochtergesellschaften des Konzerns sind diejenigen Einheiten, welche von ihm beherrscht werden. Der Konzern verfügt über einen beherrschenden Einfluss über Tochtergesellschaften, wenn er deren Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen kann, was in der Regel bei einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung von mehr als der Hälfte der Stimmrechte an den Unternehmen angenommen wird. Das Bestehen potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, wird bei der Prüfung, ob der Konzern ein anderes Unternehmen beherrscht, berücksichtigt.

Der Konzern unterstützt die Gründung von Zweckgesellschaften („SPEs“) für eine Vielzahl von Zielsetzungen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen, werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht. Um festzustellen, ob eine SPE zu konsolidieren ist, ist eine Reihe von Faktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung, (a) ob die Aktivitäten der SPE zu Gunsten des Konzerns entsprechend seinen spezifischen Geschäftsbedürfnissen durchgeführt werden, so dass dieser aus der Geschäftstätigkeit der SPE Nutzen zieht; (b) ob der Konzern über die Entscheidungsmacht zur Erzielung der Mehrheit des Nutzens verfügt; (c) ob der Konzern die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit einer SPE zieht und (d) ob der Konzern die Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus ihrer Geschäftstätigkeit zu ziehen. Eine SPE ist zu konsolidieren, wenn die Prüfung der wesentlichen Faktoren zeigt, dass die SPE durch den Konzern beherrscht wird.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet ab dem Zeitpunkt, an dem keine beherrschende Einflussnahme mehr besteht.

Zur bilanziellen Erfassung der Akquisition von Tochtergesellschaften wird die Erwerbsmethode angewandt. Die Anschaffungskosten einer Akquisition bemessen sich nach den Fair Values der hingegebenen Vermögenswerte der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente sowie der eingegangenen oder übernommenen Verbindlichkeiten zuzüglich der direkt mit der Akquisition verbundenen Kosten. Der Betrag, um den die Anschaffungskosten einer Akquisition den Anteil des Konzerns an dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigen, wird als Goodwill bilanziert. Sofern die Anschaffungskosten einer Akquisition unter dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegen (negativer Goodwill), kann ein Gewinn in den sonstigen Erträgen erfasst werden.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung werden konzernweit einheitliche Rechnungslegungsvorschriften angewandt. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Kapitalerhöhung behandelt.

Im Rahmen eines Beratungs- oder Treuhandverhältnisses gehaltene Vermögenswerte gelten nicht als Vermögenswerte des Konzerns und sind nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen.

Minderheitsanteile werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung separat ausgewiesen.

ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN UND JOINT VENTURES

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equity Methode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Ein Joint Venture besteht, wenn der Konzern mit einer Partei oder mehreren Parteien Verträge über Geschäftsaktivitäten geschlossen hat, die in der Regel, jedoch nicht zwingend, durch von ihnen gemeinschaftlich geführte Unternehmen wahrgenommen werden.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures werden nach der Equity Methode bilanziert.

Nach dieser Methode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und jedes Jahr um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition angefallenen Gewinn (Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten Unternehmens oder Joint Ventures, erhöht (vermindert). Goodwill, der bei der Akquisition eines assoziierten Unternehmens oder eines Joint Venture entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Übersteigen die Verluste den Buchwert der jeweiligen Beteiligung, werden sie mit anderen Vermögenswerten des Konzerns, die dem Beteiligungsunternehmen zuzuordnen sind, verrechnet. Falls diese anderen Vermögenswerte vollständig abgeschrieben sind, wird geprüft, ob zusätzlich Verluste auszuweisen sind, weil der Konzern verpflichtet ist, diese auszugleichen.

WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds, in dem die Gesellschaft tätig ist, entspricht.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zu Grunde.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Umrechnungsdifferenzen aus nicht monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (zum Beispiel Eigenkapitaltitel), werden nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, sondern innerhalb des Eigenkapitals in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) erfasst. Wird der Vermögenswert verkauft, werden die Umrechnungsdifferenzen in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs und die Ertrags- und Aufwandsposten zu den an den Transaktionszeitpunkten geltenden Wechselkursen oder Durchschnittskursen in Euro umgerechnet, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) erfasst und anschließend im Fall einer Veräußerung oder Teilveräußerung des Betriebs erfolgswirksam berücksichtigt.

ZINSEN, GEBÜHREN UND PROVISIONEN

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Kosten verlässlich bestimmt werden kann, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

ZINSÜBERSCHUSS – Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Der Effektivzins stellt eine konstante Verzinsung des Buchwerts von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten dar. Bei der Schätzung der Cashflows, die zur Berechnung des Effektivzinsses herangezogen werden, sind alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit (ohne künftige Kreditausfälle) sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und zusätzlichen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Auf- und Abschläge zu berücksichtigen.

PROVISIONSÜBERSCHUSS – Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. Es wird unterschieden zwischen Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes eines Finanzinstruments sind, Provisionen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen verbunden sind, und Provisionen, die mit der Durchführung einer maßgeblichen Transaktion verdient werden. Die bilanzielle Behandlung von Gebühren, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes eines Finanzinstruments sind, wird oben im Abschnitt „Zinsüberschuss“ beschrieben. Provisionen für innerhalb eines bestimmten Zeitraums erbrachte Dienstleistungen werden über die Leistungsperiode erfasst. Provisionen für die Durchführung einer maßgeblichen Transaktion werden nach deren vollständiger Erbringung erfasst. Wenn der Vermögenswert oder die Verpflichtung zum Fair Value bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen als Ertrag zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als Derivate bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die

Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio- sowie sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Provisionserträge und Kommissionseinkünfte. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsähnlichen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate-Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERPFLICHTUNGEN

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen; Forderungen aus dem Kreditgeschäft; zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Der Konzern klassifiziert seine finanziellen Vermögenswerte nicht als „bis zur Endfälligkeit gehalten“. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird beim erstmaligen Ansatz festgelegt und nachträglich nicht mehr geändert.

Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten, die als zum Fair Value bewertet beziehungsweise als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern zum Kauf oder Verkauf der betreffenden Vermögenswerte verpflichtet. Alle anderen Finanzinstrumente gehen am Erfüllungstag zu oder ab.

ZUM FAIR VALUE BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERPFLICHTUNGEN

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Ersterfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder designiert diese als zum Fair Value bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum Fair Value angesetzt und als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten.

HANDELSAKTIVA UND -PASSIVA – Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung erworben oder des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise für kurzfristige Gewinnmitnahmen bestehen.

ZUM FAIR VALUE KLASSIFIZIERTE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERPFLICHTUNGEN – Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht unter die Handelsaktiva und -passiva fallen, werden nach der Fair Value Option ergebniswirksam zum Fair Value bewertet. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Fair-Value-Basis gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivative. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt; oder (b) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung klar ist, dass eine Trennung verboten ist. Gewinne und Verluste aus der anschließenden Neubewertung der zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden als Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

KREDITZUSAGEN

Kreditzusagen sind feste Verpflichtungen, unter vorgegebenen Bedingungen Kredit zu gewähren. Bestimmte Kreditzusagen werden als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Wie in dem Abschnitt „Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen“ erläutert, sind einige Kreditzusagen als Derivate zu bilanzieren. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst und damit werden Änderungen des Fair Value infolge von Änderungen der Zinssätze oder Kreditspannen nicht berücksichtigt.

FORDERUNGEN AUS DEM KREDITGESCHÄFT

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum Fair Value bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Kredite werden bei der Ersterfassung zum Fair Value ausgewiesen, der den dem Kreditnehmer herausgelegten Geldern zuzüglich des Saldos aus direkten, zusätzlich anfallenden Transaktionskosten und Provisionen entspricht. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte behandelt. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Zukünftige Änderungen des Fair Value werden im Eigenkapital in der Position Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne (Verluste) ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand eines Fair Value Hedge. In diesem Fall werden Änderungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären, zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben im Eigenkapital ausgewiesen werden. Bei nicht monetären, zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die im Konzerneigenkapital berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für veräußerte finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bislang im Konzerneigenkapital erfasste Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts als Bestandteil des Gesamtveräußerungsergebnisses erfolgswirksam bilanziert.

FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Mit Ausnahme der zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen langfristige und kurzfristige emittierte Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum Fair Value bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtiteln gelten als Tilgung. Bei Rückkauf entstehen Gewinne oder Verluste – je nachdem, ob der Rückkaufspreis des betreffenden Schuldtitels unter oder über dem Buchwert liegt. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt.

ERMITTLUNG DES FAIR VALUE

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Sofern verfügbar, basiert der Fair Value auf beobachtbaren Börsenpreisen oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen verfügbar, wird der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Das Verfahren zur Bestimmung des Fair Value beinhaltet auch eine angemessene Anpassung der mit Hilfe des Bewertungsmodells ermittelten Ergebnisse, um Faktoren wie Close-out-Kosten, Liquiditätsrisiken und mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken zu berücksichtigen.

ERFASSUNG DES „TRADE DATE PROFIT AND LOSS“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Der Konzern grenzt diesen Betrag in angemessener und systematischer Form ab. Die Abgrenzung erfolgt entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit des Geschäfts (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Risikoprofile der Finanzinstrumente, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit der Instrumente ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstaggewinn wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen und/oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann.

BILANZIERUNG VON DERIVATEN UND SICHERUNGSBEZIEHUNGEN (HEDGE ACCOUNTING)

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs- und Kreditrisiken, einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen, eingesetzt. Alle frei stehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Bilanz mit ihrem Fair Value angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Der Konzern schließt verschiedene Arten von Derivaten zu Handelszwecken ab. Dazu gehören Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen sowie ähnliche Verträge und Vereinbarungen, die Zinssätze, Währungskurse, Aktienkurse und Rohstoffpreise sowie Kreditrisiken zum Gegenstand haben. Diese Derivate werden mit ihrem Fair Value als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen angesetzt und die zugehörigen Gewinne und Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Der Konzern gibt Kreditzusagen, deren resultierende Kreditforderungen zum Verkauf bestimmt sind. Diese Posten werden als Derivate klassifiziert, zu ihrem Fair Value als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen erfasst und die zugehörigen Gewinne und Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Kreditzusagen, die durch Barausgleich oder durch die Lieferung beziehungsweise Begebung eines anderen Finanzinstruments erfüllt werden können, werden ebenfalls als Derivate behandelt. Spezielle, vom Konzern für angebotene Investmentfondsprodukte abgegebene Marktwertgarantien werden ebenfalls als Derivate ausgewiesen und demzufolge zum Fair Value

angesetzt, wobei Veränderungen des Fair Value im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Bestimmte Derivate, die weder zu Handelszwecken gehalten werden noch die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, aber Effekte aus Transaktionen ausgleichen, die in die zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen einfließen, werden unter den sonstigen Aktiva oder sonstigen Passiva ausgewiesen. Die realisierten und unrealisierten Änderungen des Fair Value dieser Derivate werden in denselben Positionen der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen, in die auch die abgesicherte Transaktion einfließt. Die Änderungen des Fair Value aller anderen Derivate, die die Anforderungen für Hedge Accounting nicht erfüllen, werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

EINGEBETTETE DERIVATE

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum Fair Value bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum Fair Value erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Konzernbilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen.

Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Diese unter der Fair Value Option designierten hybriden Instrumente werden mit ihrem Fair Value bilanziert und als erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen erfasst. Anschließende Änderungen des Fair Value sind im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten.

BILANZIERUNG VON SICHERUNGSBEZIEHUNGEN (HEDGE ACCOUNTING)

Werden Derivate zum Zweck des Risikomanagements gehalten und erfüllen die entsprechenden Geschäfte spezifische Kriterien, wendet der Konzern Hedge Accounting an. Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des Fair Value von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder verbindlichen Zusagen (Fair Value Hedges); (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten (Cashflow Hedges) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe in die Darstellungswährung der Muttergesellschaft (Hedge of a Net Investment in a Foreign Operation).

Wird Hedge Accounting angewandt, dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie die Risikomanagementziele und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zu Grunde liegen. Teil dieser Dokumentation ist eine Einschätzung darüber, ob das Sicherungsinstrument zu Beginn und im weiteren Verlauf der Absicherung Änderungen des Fair Value, Schwankungen der Cashflows oder Effekte aus der Umrechnung der Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe (jeweils bezogen auf das abgesicherte Risiko) in hohem Maße kompensieren kann. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Ungeachtet übereinstimmender Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft geht der Konzern nicht ohne Nachweis von einer Hedgeeffektivität aus.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als sonstige Aktiva beziehungsweise sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen. Anschließende Änderungen des Fair Value werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Beim Fair Value Hedge werden die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführenden Änderungen des Fair Value des Grundgeschäfts, beziehungsweise eines Teils davon, zusammen mit der gesamten Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des Fair Value werden in den sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Änderung des Fair Value ebenfalls in den sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des Fair Value aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko zu Grunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen ist.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des Fair Value beendet, weil das zu Grunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, wird die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltene zinsbezogene Anpassung des Fair Value über seine Restlaufzeit amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Fair-Value-Anpassungen beziehungsweise bei Veräußerung oder vorzeitiger Rückführung der gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen bei der Ermittlung des bei Veräußerung oder Rückführung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem Fair Value angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umbucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung eines Zinsrisikos zusammen mit den Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst. Bei der Sicherung eines Fremdwährungsrisikos für nicht-monetäre zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, zum Beispiel Eigenkapitaltitel, werden die aus dem Fremdwährungsrisiko resultierenden Beträge bei Veräußerung des Grundgeschäfts dem Verkaufsgewinn oder -verlust zugeordnet. Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich in der Regel als Unterschiedsbetrag zwischen den Fair-Value-Änderungen des eingesetzten Sicherungsderivats und eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die aus Zinsrisiken resultieren, werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit des ursprünglichen Vertrags als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ergebniswirksam erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Ist der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr wahrscheinlich, werden die Beträge in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe in die funktionale Währung der Muttergesellschaft (Hedge of a Net Investment in a Foreign Operation) wird die auf der Änderung des Devisenkassakurses beruhende Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem der Hedge effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des Fair Value wird in die sonstigen Erträge eingestellt.

WERTMINDERUNGEN (IMPAIRMENT) FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist (Verlustereignis),
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte
- und eine verlässliche Schätzung des Betrags vorgenommen werden kann.

WERTMINDERUNG VON ZU FORTGEFÜHRTEN ANSCHAFFUNGSKOSTEN BEWERTETEN KREDITEN

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis und damit eine Wertminderung eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem geschätzten erzielbaren Betrag und dem Buchwert des Kredits (der Kredite), einschließlich aufgelaufener Zinsen, ermittelt. Der geschätzte erzielbare Betrag wird als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Länderrisiken. Dabei handelt es sich um Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erheblich daran gezweifelt wird, dass die dort ansässigen Kontrahenten auf Grund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätig, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst, und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksich-

tigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberechtigten Kredite werden auf Veränderungen des erzielbaren Betrags untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Wertaufholung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder an den Konzern übertragen wurden, wird der Kredit abgeschrieben. Zahlungseingänge aus abgeschriebenen Forderungen werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Wertminderungen und Wertminderungsverluste für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft werden anhand der gleichen Bewertungsverfahren wie die Wertberichtigungen für Forderungen im Kreditgeschäft ermittelt. Wertminderungsverluste werden in der Bilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den sonstigen Verbindlichkeiten und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

WERTMINDERUNG VON ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBAREN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beurteilt das Management zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Vermögenswerts oder einer Gruppe von Vermögenswerten vorliegen.

Für Eigenkapitalinstrumente, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, so ist der kumulative unrealisierte Verlust, der zuvor im Konzerneigenkapital in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) erfasst wurde, in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Der aus dem Eigenkapital umzugliedernde Betrag entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem aktuellen Fair Value abzüglich zuvor erfolgswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts. Wertminderungen von als zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht erfolgswirksam rückgängig gemacht. Erhöhungen des Fair Value nach einer Wertminderung werden im Eigenkapital erfasst.

Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt. Wertminderungen von Schuldtiteln werden erfolgswirksam rückgängig gemacht, sofern der Wertanstieg objektiv mit einem spezifischen nach der Wertminderung eingetretenen Ereignis im Zusammenhang steht.

AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN UND VERPFLICHTUNGEN

AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern diese übertragen hat oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesem Vermögenswert verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung (Secured Financing) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern die übertragenen Vermögenswerte aus, wenn die Verfügungsmacht über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen aus Verwaltungs- oder Abwicklungsverträgen werden als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten getrennt erfasst. Wird die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert beibehalten, erfasst der Konzern weiterhin den Vermögenswert dem Umfang des fortgeführten Engagements entsprechend. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts übertragen wird oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

VERBRIEFUNGSTRANSAKTIONEN

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an eine Zweckgesellschaft (SPE), die ihrerseits Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die übertragenen Vermögenswerte können bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung der betreffenden Zweckgesellschaft noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprüche primär als zum Fair Value bilanzierte finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum Fair Value ausgewiesen. Gewinne oder Verluste aus Verbriefungstransaktionen hängen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen Fair Value am Stichtag der Übertragung erfolgt. Gewinne oder Verluste aus Verbriefungen werden als Ergebnis aus zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, sofern die transferierten Vermögenswerte als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden.

AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird sowie bei Fälligkeit. Wenn eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch beziehungsweise eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

FORDERUNGEN UND VERBINDLICHKEITEN AUS WERTPAPIERPENSIONSGESCHÄFTEN

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt, und in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel angesetzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über „Reverse Repos“ erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über „Repos“ gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Bilanz ausgebucht, sofern die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Fair-Value-Basis gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

WERTPAPIERLEIHE

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barleistung zu erbringen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des Fair Value entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Bilanz als entlehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. Die als Sicherheit für Wertpapierleihen aus dem Eigenbestand verpfändeten Wertpapiere, bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

AUFRECHNUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Bilanz als Nettowert ausgewiesen, wenn, und nur wenn, eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis.

SACHANLAGEN

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemieteten Räumen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattungen drei bis zehn Jahre. Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer oder erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis 15 Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst, werterhöhende Umbauten werden aktiviert. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden mindestens einmal im Jahr auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten oder dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden so angepasst, dass nunmehr der geänderte Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend auf zukünftige Perioden verteilt wird. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

GOODWILL UND SONSTIGE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Goodwill entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures und stellt den Betrag dar, um den die Anschaffungskosten einschließlich der dem Unternehmenszusammenschluss direkt zurechenbaren Kosten den Reinvermögenswert des erworbenen Unternehmens zum Erwerbszeitpunkt übersteigen. Der Reinvermögenswert entspricht dem vom Konzern erworbenen Anteil am Netto-Fair-Value der identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden sowie Eventualschulden.

Für die Ermittlung des Goodwill werden die Fair Values der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualschulden auf der Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder basiert auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows.

Goodwill aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt häufiger, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Goodwill vermindert haben könnte. Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den Zahlungsmittel generierenden Einheiten (Cash Generating Units) zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Auf dieser Grundlage stellen sich die Zahlungsmittel generierenden Einheiten (Cash Generating Units) des Konzerns wie folgt dar:

- Global Markets and Corporate Finance (innerhalb des Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities)
- Global Transaction Banking
- Asset Management and Private Wealth Management (innerhalb des Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management)
- Private & Business Clients und
- Corporate Investments

Goodwill aus Akquisitionen von assoziierten Unternehmen und Joint Ventures ist im Buchwert der Beteiligung enthalten. Gewinne und Verluste aus der Veräußerung einer Zahlungsmittel generierenden Einheit enthalten den auf die veräußerte Zahlungsmittel generierende Einheit entfallenden Buchwert des Goodwill.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Goodwill getrennt ausgewiesen, wenn sie auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen oder separierbar sind und ihr Fair Value zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte wie Kundenverträge, Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen und Ansprüche aus der Verwaltung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft werden zu Anschaffungskosten bilanziert und über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus den Verträgen anfallen, amortisiert. Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden, basierend auf der erwarteten Nutzungsdauer, über einen Zeitraum von drei bis 15 Jahren abgeschrieben. Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer – primär Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Privatanlegern – werden nicht abgeschrieben. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn der Konzern daraus mit großer Wahrscheinlichkeit wirtschaftliche Vorteile ziehen kann und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Planung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst.

FINANZGARANTIE

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantiennehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet. Solche Garantiezusagen werden Banken, Finanzinstituten und sonstigen Institutionen im Auftrag von Kunden eingeräumt, um Kredite, Kreditlinien und sonstige Bankfazilitäten zu besichern.

Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem Fair Value bei Garantiebegebung ausgewiesen, der üblicherweise der erhaltenen Prämie entspricht. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit zu Grunde gelegt, die um die Einschätzung des Managements ergänzt werden.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung unter den sonstigen Aufwendungen bilanziert.

LEASINGGESCHÄFTE

LEASINGGEBER

Vermögenswerte, die Kunden im Rahmen von Leasingverhältnissen überlassen werden, werden ungeachtet des Rechtsanspruchs als Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Werden Vermögenswerte im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses übertragen, so wird der Barwert der Leasingzahlungen, abgezinst mit dem dem Leasingvertrag zu Grunde liegenden Zinssatz, als Forderung bilanziert. Der Finanzierungsertrag wird über

die Dauer des Leasingverhältnisses in der Weise erfasst, dass er eine konstante periodische Verzinsung der Nettoinvestition in das Finanzierungsleasingverhältnis widerspiegelt.

Leasingverhältnisse, bei denen Kunden Vermögenswerte überlassen werden, ohne dass alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, auf sie übertragen werden, werden als Operating Leases klassifiziert. Die vermieteten Vermögenswerte sind in dem Posten Sachanlagen in der Konzernbilanz enthalten und werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Mieterträge werden linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst.

LEASINGNEHMER

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasinggegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst.

Bei Sale-und-Leaseback-Transaktionen, die einen Operating Lease begründen, hängt die Gewinnrealisierung aus dem Verkauf vom Verhältnis des Verkaufspreises zum Fair Value ab. Sofern der Verkaufspreis dem Fair Value entspricht, wird der Gewinn unmittelbar erfasst. Bei einer Sale-und-Leaseback-Transaktion, die zu einem Finanzierungsleasingverhältnis führt, wird der gesamte Gewinn in der Regel abgegrenzt und über die Dauer des Leasingvertrags amortisiert.

MITARBEITERVERGÜTUNGEN

PENSIONSZUSAGEN

Der Konzern bietet den Mitarbeitern bestimmter Konzerngesellschaften beitrags- und leistungsdefinierte Versorgungspläne an. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um die Pensionsverpflichtung und die damit verbundenen Aufwendungen zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pläne nach dem Ansammlungsverfahren (Projected Unit Credit Method) bewertet. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden nach der 10 %-„Korridor“-Methode erfasst. Demnach wird ein Teil der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn die kumulativen nicht berücksichtigten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorangegangenen Berichtsperiode jeweils den höheren Wert von a) 10 % des Barwerts der Pensionsverpflichtung zu diesem Zeitpunkt (vor Abzug des Planvermögens) und b) 10 % des Fair Value des Planvermögens, sofern vorhanden, zu diesem Zeitpunkt überschritten haben. Die leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns sind in der Regel unternehmensextern finanziert (funded).

SONSTIGE VERSORGUNGSZUSAGEN

Darüber hinaus unterhalten Konzerngesellschaften unternehmensintern finanzierte (unfunded), beitragspflichtige Gesundheitsfürsorgepläne für pensionierte Mitarbeiter. Diese sonstigen Versorgungszusagen werden im Wesentlichen gegenüber pensionierten Mitarbeitern mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten abgegeben. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der anspruchsberechtigten medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts erstattet. Der Konzern dotiert diese Pläne in Abhängigkeit von den zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Versorgungszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik des Ansammlungsverfahrens bewertet. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden nach der 10 %-„Korridor“-Methode erfasst.

AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGEN

Der Konzern erfasst alle aktienbasierten Mitarbeitervergütungen nach der Fair-Value-Methode. Nach dieser Methode wird der Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der Fair Value dem Börsenkurs der zu Grunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr Fair Value unmittelbar nach der Modifizierung ihren Fair Value direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des Fair Value wird als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanzielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über einen kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum Fair Value bewertet und bis zur Zahlung in den sonstigen Passiva ausgewiesen.

VERPFLICHTUNG ZUM ERWERB EIGENER AKTIEN

Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zu Grunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung zum Fair Value der Aktien angesetzt, der dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option entspricht. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen wird. Für Terminkäufe auf Minderheitsanteile von Konzerngesellschaften erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals.

Für Kontrakte mit fest vereinbarten Kaufpreisen für die Aktien wird die Verbindlichkeit nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung (Accrual Basis) angesetzt, und die abzugrenzenden Zinsen werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Kauf- und Verkaufsoptionen, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zu Grunde liegen, werden nicht als Derivate klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Eine zum Vertragsabschluss gezahlte Prämie wird im Eigenkapital erfasst.

Alle anderen als die oben beschriebenen derivativen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zu Grunde liegen, werden als zum Fair Value bewertete Vermögensgegenstände/Verpflichtungen erfasst.

ERTRAGSTEUERN

Der Konzern erfasst für im Konzernabschluss berücksichtigte Geschäftsvorfälle laufende und latente Steuern. Dabei werden die Bestimmungen der entsprechenden Steuergesetze in den jeweiligen Ländern angewandt. Laufende und latente Steuern werden im Eigenkapital erfasst, wenn sie Geschäftsvorfälle betreffen, die direkt als Belastung oder Gutschrift im Eigenkapital bilanziert sind.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen den bilanzierten Buchwerten der Vermögensgegenstände und Schulden und deren steuerrechtlichen Ansätzen resultieren, wobei Verlustvorträge und Steuerguthaben entsprechend zu berücksichtigen sind. Latente Steuerforderungen werden nur erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass insoweit zukünftig ausreichend steuerliche Gewinne erzielt werden.

Für aktienbasierte Vergütungen kann der Konzern einen Steuerabzug erhalten. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. An jedem Bilanzstichtag ist auf Basis des aktuellen Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Übersteigt der tatsächliche oder voraussichtliche steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil in die Kapitalrücklage eingestellt. Unterschreitet der tatsächliche oder voraussichtliche steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird die latente Steuerforderung für den Berichtszeitraum gemindert und als Steueraufwand erfasst.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der die Steuerforderungen realisiert oder die Steuerverbindlichkeiten beglichen werden. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze und Steuervorschriften.

Latente Steuern werden auf die temporären Wertunterschiede ausgewiesen, die aus Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an Joint Ventures resultieren – es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung des temporären Wertunterschieds wird durch den Konzern bestimmt und es ist wahrscheinlich, dass sich der Unterschied nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht.

Latente Steuerforderungen auf Verlustvorträge sowie ungenutzte Steuerguthaben werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass insoweit zukünftig steuerliche Gewinne erzielt werden.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, Cashflow Hedges und Fair-Value-Änderung, die direkt im Eigenkapital ausgewiesen werden, werden direkt im Eigenkapital bilanziert und bei Veräußerung in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern auf Grund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

GRUNDLAGE DER SEGMENTDARSTELLUNG

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf IFRS 8, „Operating Segments“, der die Anforderungen an die Berichterstattung über die Finanzergebnisse der Geschäftssegmente einer Gesellschaft definiert. IFRS 8, der den IAS 14, „Segment Reporting“, ablöst, folgt dem so genannten „Management Approach“, das heißt er verlangt eine Konsistenz zwischen intern verwendeten und extern veröffentlichten Segmentinformationen. Auf dieser Basis hatte der Konzern die Segmentinformationen auch in der Vergangenheit (unter US GAAP) ermittelt. Der IFRS 8, der noch nicht in europäisches Recht übernommen ist, wurde im November 2006 vom IASB verabschiedet. Er tritt für die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen, in Kraft. Eine vorzeitige Anwendung ist erlaubt.

Die wesentlichen Unterschiede zwischen IFRS 8, „Operating Segments“, und IAS 14, „Segment Reporting“, beziehen sich auf die Bestimmung der Segmente und auf die für die Ermittlung der Segmentergebnisse anzuwendenden Bilanzierungsmethoden.

BESTIMMUNG VON SEGMENTEN

Als Basis zur Bestimmung der operativen Segmente dienen nach IFRS 8 interne Berichte, die der so genannte „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig verwendet, um die finanzielle Performance von Unternehmensteilen zu beurteilen und um Entscheidungen über die Zuteilung von Ressourcen zu den Unternehmensteilen zu treffen. Nach IAS 14 muss eine Gesellschaft zwei Segmentebenen, die Geschäftssegmente und die geografischen Segmente, unter Verwendung des so genannten „Risks and Rewards Approach“ identifizieren. Das „System der internen Finanzberichterstattung an die Leitungsebene einer Gesellschaft“ dient dabei als Ausgangspunkt zur Identifizierung dieser Segmentebenen.

Die Risiken und Erträge der Deutschen Bank werden in erster Linie durch die von den einzelnen Geschäftsbereichen angebotenen Produkte und Dienstleistungen determiniert und es wurden nach IFRS 8 keine anderen Segmente identifiziert als nach IAS 14.

BILANZIERUNGSMETHODEN

IFRS 8 erfordert die Angabe der Informationen, welche vom „Chief Operating Decision Maker“ zur Beurteilung der finanziellen Performance und zur Entscheidung über Ressourcenallokationen verwendet werden. Nach IAS 14 müssen die Segmentinformationen in Übereinstimmung mit den für den Konzernabschluss angewandten Rechnungslegungsgrundsätzen erstellt werden.

Die Managementberichterstattung bei der Deutschen Bank basiert grundsätzlich auf IFRS-Rechnungslegungsstandards. Nur in wenigen Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und aus denen sich Bewertungs- und Ausweisunterschiede im Vergleich zum Konzernabschluss ergeben. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und im Konzernabschluss nach IFRS abgegrenzt werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasury-Büchern in CB&S und PBC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich durch die erfolgswirksame Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in CB&S), wohingegen unter IFRS eine erfolgsneutrale Behandlung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen in der Behandlung der Minderheitsanteile, die im Ergebnis vor Steuern der Segmente berücksichtigt werden, während sie im Konzernabschluss nach IFRS nach dem Gewinn nach Steuern als „den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis“ ausgewiesen werden.

Wie beschrieben zeigt die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 die Segmentergebnisse, basierend auf der Managementberichterstattung. Darüber hinaus verlangt IFRS 8 eine Überleitung der Ergebnisse der Segmente auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden in der Sektion „Consolidation & Adjustments“ berichtet. Nach IAS 14 müssen solche Anpassungen zur Überleitung zwischen der Managementberichterstattung und dem IFRS-Konzernabschluss innerhalb der Ergebnisse der einzelnen Segmente berücksichtigt werden. Für weitere Details zur Überleitung der Segmentergebnisse zwischen IFRS 8 und IAS 14 verweisen wir auf Seite 49 dieses Zwischenberichts.

ZUSAMMENSETZUNG DER SEGMENTE

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zu Grunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden.

Es gab während der neun Monate 2007 keine wesentlichen organisatorischen Änderungen mit Wirkung auf die Zusammensetzung unserer Geschäftssegmente. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden auch für geringfügige organisatorische Änderungen angepasst, falls diese in den internen Berichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Im Folgenden werden einige Transaktionen beschrieben, die sich wesentlich auf die Segmentberichterstattung des Konzerns auswirkten:

- Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition der Berliner Bank ab, die in den Unternehmensbereich Private & Business Clients integriert wurde.
- Mit Wirkung zum 2. Januar 2007 verkündete der Konzern den Abschluss der Akquisition von MortgageIT Holdings, Inc., einem auf die Vergabe, den Verkauf, den Ankauf und die Verbriefung von Wohnimmobilienkrediten spezialisierten Real Estate Investment Trust (REIT) in den Vereinigten Staaten. Das Geschäft wurde in den Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities integriert.
- Am 22. Januar 2007 verkaufte der Konzern die zweite Tranche (41 %) der italienischen Processingaktivitäten von BankAmericard an das Zentralinstitut der italienischen Volksbanken, das Istituto Centrale delle Banche Popolari Italiane („ICBPI“). Dieses Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs Private & Business Clients.
- Mit Wirkung zum 1. Juni 2007 schloss der Konzern den Verkauf des australischen Asset-Management-Operation-Geschäfts an Aberdeen Asset Management ab. Das Geschäft war dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management zugeordnet.
- Mit Wirkung zum 3. Juli 2007 schloss RREEF Infrastructure die Akquisition von Maher Terminals ab, einem in Privatvermögen gehaltenen Betreiber von Container Terminals in Nordamerika. Der Kauf ist das Gründungsvermögen für den North America Infrastructure Fund.
- Mit Wirkung zum 5. Juli 2007 gab der Konzern die Akquisition des grenzüberschreitenden Custody-Geschäfts für institutionelle Kunden der Türkiye Garanti Bankasi A.S. bekannt. Die Transaktion wird im April 2008 abgeschlossen sein. Das Geschäft wird in den Unternehmensbereich Global Transaction Banking integriert.
- Am 31. Juli 2007 verkündete der Konzern die Akquisition von Abbey Life Assurance Company Ltd. Das Geschäft wurde in den Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities integriert. Mit Wirkung zum 1. Oktober 2007 wurde die Transaktion abgeschlossen.

SEGMENTERGEBNISSE

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten, einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS, für das dritte Quartal und den Neunmonatszeitraum 2007 und 2006.

3. Quartal 2007	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	1.265	661	1.926	1.126	1.441	2.567	654¹	- 52	5.095
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 17	- 2	- 19	1	124	124	- 1	0	105
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	1.454	399	1.853	859	1.013	1.872	26	- 210	3.541
davon/darin:									
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	- 1	- 0	- 1	- 0	- 0	- 1	- 0	-	- 2
Minderheitsanteile	8	-	8	1	0	1	1	- 9	-
Ergebnis vor Ertragsteuern	- 179	263	85	265	304	569	629	168	1.449
Aufwand-Ertrag-Relation	115 %	60 %	96 %	76 %	70 %	73 %	4 %	N/A	69 %
Aktiva ²	1.738.020	30.878	1.751.441	37.875	107.128	144.962	13.949	9.384	1.879.012
Durchschnittliches Active Equity ³	20.206	1.128	21.335	5.192	3.382	8.574	371	149	30.428
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	- 4 %	93 %	2 %	20 %	36 %	27 %	N/A	N/A	19 %

N/A – nicht aussagefähig

1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG und Allianz SE) in Höhe von 305 Mio € und einen Gewinn aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unser Bürogebäude 60 Wall Street) in Höhe von 187 Mio €.

2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht auf Grund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.

4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Seite 72. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 16 %.

3. Quartal 2006	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	3.488	542	4.030	904	1.252	2.156	81¹	101²	6.369
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 19	- 9	- 27	- 1	105	104	- 0	- 0	76
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.471	381	2.851	725	883	1.608	36	14	4.511
davon/darin:									
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	9	1	10	3	4	7	1	-	18
Minderheitsanteile	9	-	9	- 2	0	- 2	- 0	- 7	-
Ergebnis vor Ertragsteuern	1.027	170	1.198	182	264	446	45	93	1.782
Aufwand-Ertrag-Relation	71 %	70 %	71 %	80 %	71 %	75 %	45 %	N/A	71 %
Aktiva (per 31.12.2006) ³	1.446.484	25.646	1.455.615	35.922	94.709	130.591	17.783	7.811	1.571.768
Durchschnittliches Active Equity ³	16.086	1.035	17.120	4.837	2.308	7.144	1.104	7	25.376
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁵	26 %	66 %	28 %	15 %	46 %	25 %	N/A	N/A	28 %

N/A – nicht aussagefähig

1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG) in Höhe von 92 Mio €.

2 Beinhaltet Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zur Erstattung von Verlusten auf Grund von Betriebsunterbrechungen und sonstige Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in Höhe von 125 Mio € entstanden waren.

3 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht auf Grund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.

5 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Seite 72. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 25 %.

Jan.–Sep. 2007	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	12.691	1.928	14.620	3.273	4.309	7.581	1.351¹	- 99	23.454
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 80	- 1	- 82	1	364	365	- 0	- 1	283
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	9.000	1.206	10.206	2.521	3.050	5.571	191	- 109	15.859
davon/darin:									
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	54	-	54
Restrukturierungsaufwand	- 3	- 1	- 4	- 6	- 0	- 6	- 0	-	- 10
Minderheitsanteile	18	-	18	6	0	7	- 5	- 20	-
Ergebnis vor Ertragsteuern	3.754	724	4.477	744	894	1.638	1.166	31	7.312
Aufwand-Ertrag-Relation	71 %	63 %	70 %	77 %	71 %	73 %	14 %	N/A	68 %
Aktiva ²	1.738.020	30.878	1.751.441	37.875	107.128	144.962	13.949	9.384	1.879.012
Durchschnittliches Active Equity ³	19.181	1.091	20.272	5.125	3.413	8.538	508	73	29.391
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	26 %	88 %	29 %	19 %	35 %	26 %	N/A	N/A	33 %

N/A – nicht aussagefähig

1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S.p.A., Linde AG und Allianz SE) von 432 Mio € und Gewinne aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 178 Mio €, nach Abzug von 54 Mio € Goodwillabschreibung und Gewinne aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unser Bürogebäude 60 Wall Street) in Höhe von 317 Mio €.

2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht auf Grund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.

4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Seite 72. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 27 %.

Jan.–Sep. 2006	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	12.727	1.644	14.371	3.029	3.815	6.843	407¹	- 304²	21.318
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 88	- 30	- 118	- 1	285	284	3	- 0	168
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	8.436	1.123	9.559	2.380	2.712	5.091	123	- 48	14.726
davon/darin:									
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	41	16	57	26	33	59	1	-	118
Minderheitsanteile	30	-	30	- 7	0	- 7	0	- 24	-
Ergebnis vor Ertragsteuern	4.349	552	4.901	657	818	1.475	281	- 232	6.424
Aufwand-Ertrag-Relation	66 %	68 %	67 %	79 %	71 %	74 %	30 %	N/A	69 %
Aktiva (per 31.12.2006) ³	1.446.484	25.646	1.455.615	35.922	94.709	130.591	17.783	7.811	1.571.768
Durchschnittliches Active Equity ⁴	15.622	1.055	16.677	4.906	2.154	7.060	1.073	13	24.822
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁵	37 %	70 %	39 %	18 %	51 %	28 %	N/A	N/A	34 %

N/A – nicht aussagefähig

1 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf einer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO in Höhe von 131 Mio € und Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG) von 92 Mio €.

2 Beinhaltet Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zur Erstattung von Verlusten auf Grund von Betriebsunterbrechungen und sonstige Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in Höhe von 125 Mio € entstanden waren.

3 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht auf Grund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.

5 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Seite 72. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 30 %.

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank sowie den Konzernbereich Private Clients and Asset Management für das dritte Quartal und den Neunmonatszeitraum 2007 und 2006:

ERTRAGSKOMPONENTEN DES KONZERNBEREICHS CORPORATE AND INVESTMENT BANK

in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
Emissionsgeschäft (Equity)	204	139	650	489
Emissionsgeschäft (Debt)	– 324	294	416	990
Emissionsgeschäft insgesamt	– 120	433	1.065	1.478
Sales & Trading (Equity)	428	690	3.545	2.979
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	576	1.980	6.819	7.243
Sales & Trading insgesamt	1.004	2.669	10.364	10.223
Beratung	269	209	775	568
Kreditgeschäft	214	236	749	711
Transaction Services	661	542	1.928	1.644
Sonstige Produkte	– 101	– 59	– 262	– 252
Insgesamt	1.926	4.030	14.620	14.371

ERTRAGSKOMPONENTEN DES KONZERNBEREICHS PRIVATE CLIENTS AND ASSET MANAGEMENT

in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
Portfolio/Fund Management	812	666	2.278	2.221
Brokeragegeschäft	531	432	1.661	1.448
Kredit-/Einlagengeschäft	814	708	2.363	2.053
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	244	222	706	656
Sonstige Produkte	165	129	573	465
Insgesamt	2.567	2.156	7.581	6.843

ÜBERLEITUNG DER SEGMENTERGEBNISSE AUF DEN KONZERNABSCHLUSS NACH IFRS

„Consolidation & Adjustments“ verzeichnete im dritten Quartal 2007 ein Ergebnis vor Steuern von 168 Mio€. Dies enthielt negative Überleitungsposten von 28 Mio€ aus Bewertungsunterschieden zwischen den für die Managementberichterstattung angewandten Bilanzierungsmethoden und den Rechnungslegungsstandards nach IFRS. Daneben trugen Corporate Items (Sachverhalte, die nicht den Unternehmensbereichen zuzuordnen sind) mit einem Nettogewinn von 197 Mio€ zu diesem Ergebnis bei. Die Corporate Items enthielten einen positiven Effekt aus einer mit der Steuerverwaltung abgestimmten verfeinerten Methode zur Erstattung von Vorsteuer für Vorjahre sowie Erstattungen von Versicherungen im Zusammenhang mit verschiedenen Rechtsverfahren. Im dritten Quartal des letzten Jahres belief sich das Ergebnis vor Steuern auf 93 Mio€. Davon entfielen 15 Mio€ auf Überleitungsposten auf Grund von Bewertungsunterschieden zwischen den für die Managementberichterstattung angewandten Bilanzierungsmethoden und den Rechnungslegungsstandards nach IFRS und 78 Mio€ auf Corporate Items. Letztere enthielten Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zur Erstattung von Verlusten auf Grund von Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 entstanden waren.

In den ersten neun Monaten 2007 verzeichnete „Consolidation & Adjustments“ ein Ergebnis vor Steuern von 31 Mio€. Darin enthalten waren negative Überleitungsposten von 50 Mio€ aus Bewertungsunterschieden zwischen den für die

Managementberichterstattung angewandten Bilanzierungsmethoden und den Rechnungslegungsstandards nach IFRS sowie 81 Mio€ aus Corporate Items. Die Corporate Items umfassten neben den vorgenannten Effekten im Berichtsquartal Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten sowie eine Belastung im Zusammenhang mit dem Kauf eines von der Bank genutzten Gebäudes. Im Vorjahr wurde in den ersten neun Monaten ein Verlust vor Steuern in Höhe von 232 Mio€ verzeichnet. Negative Überleitungsposten auf Grund von Unterschieden zwischen den in der Managementberichterstattung angewandten Bilanzierungsmethoden und den Rechnungslegungsstandards nach IFRS beliefen sich auf 284 Mio€. Die Corporate Items trugen einen Nettogewinn von 52 Mio€ bei, überwiegend aus den vorgenannten Zahlungen von Versicherungsgesellschaften im dritten Quartal 2006, die durch verschiedene kleinere Aufwandsposten teilweise ausgeglichen wurden.

ÜBERLEITUNG VON IFRS 8 AUF IAS 14

In den nachstehenden Tabellen ist die Überleitung der Segmentergebnisse von IFRS 8 auf IAS 14 für die Segmente, die in den betreffenden Positionen Unterschiede aufweisen, enthalten.

UNTERNEHMENSBEREICH CORPORATE BANKING & SECURITIES (CB&S)

Erträge insgesamt in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
IFRS 8	1.265	3.488	12.691	12.727
Zuzüglich/abzüglich (–) Bewertungsunterschiede	– 27	37	– 32	– 254
IAS 14	1.238	3.525	12.659	12.473

Ergebnis vor Steuern in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
IFRS 8	– 179	1.027	3.754	4.349
Zuzüglich/abzüglich (–) Bewertungsunterschiede Ausweisunterschiede	– 27 8	37 9	– 32 18	– 254 30
IAS 14	– 199	1.073	3.739	4.125

UNTERNEHMENSBEREICH ASSET AND WEALTH MANAGEMENT (AWM)

Ergebnis vor Steuern in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
IFRS 8	265	182	744	657
Zuzüglich/abzüglich (–) Ausweisunterschiede	1	– 2	6	– 7
IAS 14	266	180	751	650

UNTERNEHMENSBEREICH PRIVATE & BUSINESS CLIENTS (PBC)

Erträge insgesamt in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
IFRS 8	1.441	1.252	4.309	3.815
Zuzüglich/abzüglich (–) Bewertungsunterschiede	– 10	– 27	– 39	– 51
IAS 14	1.431	1.225	4.270	3.764

Ergebnis vor Steuern in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
IFRS 8	304	264	894	818
Zuzüglich/abzüglich (–) Bewertungsunterschiede	– 10	– 27	– 39	– 51
IAS 14	294	237	855	768

KONZERNBEREICH CORPORATE INVESTMENTS (CI)

Ergebnis vor Steuern in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
IFRS 8	629	45	1.166	281
Zuzüglich/abzüglich (–) Ausweisunterschiede	1	– 0	– 5	0
IAS 14	629	45	1.160	281

CONSOLIDATION & ADJUSTMENTS

Erträge insgesamt in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
IFRS 8	– 52	101	– 99	– 304
Zuzüglich/abzüglich (–) Bewertungsunterschiede	38	– 8	70	308
IAS 14	– 14	92	– 29	4

Ergebnis vor Steuern in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
IFRS 8	168	93	31	– 232
Zuzüglich/abzüglich (–) Bewertungsunterschiede	38	– 8	70	308
Ausweisunterschiede	– 9	– 7	– 20	– 24
IAS 14	197	78	81	52

Angaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

(nicht testiert)

ZINSÜBERSCHUSS UND ERGEBNIS AUS ZUM FAIR VALUE BEWERTETEN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN/VERPFLICHTUNGEN

in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
Zinsüberschuss	2.133	1.905	6.157	5.396
Handelsergebnis	- 1.512	1.161	5.364	6.563
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	675	332	832	46
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 837	1.493	6.196	6.609
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	1.296	3.398	12.353	12.005
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:				
Sales & Trading (Equity)	44	441	2.554	1.921
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	347	1.859	5.785	6.442
Sales & Trading insgesamt	391	2.300	8.339	8.363
Kreditgeschäft ¹	91	137	372	380
Transaction Services	322	257	960	787
Übrige Produkte ²	- 488	72	- 218	257
Corporate and Investment Bank insgesamt	316	2.766	9.453	9.787
Private Clients and Asset Management	879	766	2.620	2.294
Corporate Investments	81	- 97	214	3
Consolidation & Adjustments	21	- 37	65	- 78
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	1.296	3.398	12.353	12.005

1 Enthält sowohl die Zinsspanne für Darlehen als auch die Veränderungen im Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

2 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

PROVISIONSÜBERSCHUSS

in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	1.117	853	3.039	2.833
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	1.302	1.006	4.081	3.457
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	597	697	1.969	1.958
Provisionsüberschuss insgesamt	3.016	2.556	9.089	8.248

PENSIONS- UND SONSTIGE VERSORGUNGSZUSAGEN

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	3. Quartal		3. Quartal	
	2007	2006	2007	2006
Dienstzeitaufwand ¹	65	73	1	1
Zinsaufwand	108	98	2	2
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 108	- 103	-	-
Amortisation von nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-	-	-	-
Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten/Gewinnen (-)	-	-	- 1	-
Kürzung des Vermögenswerts nach IAS 19.58b	-	-	-	-
Planabgeltungen/Plankürzungen	- 4	-	-	-
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	61	68	2	3
Aufwand für beitragsdefinierte Pläne	49	42	-	-
Nettovorsorgeaufwand	110	110	2	3

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	Jan.-Sep.		Jan.-Sep.	
	2007	2006	2007	2006
Dienstzeitaufwand ¹	201	228	2	5
Zinsaufwand	325	295	6	7
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 325	- 309	-	-
Amortisation von nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-	-	-	-
Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten/Gewinnen (-)	- 1	-	- 2	-
Kürzung des Vermögenswerts nach IAS 19.58b	1	-	-	-
Planabgeltungen/Plankürzungen	- 4	-	-	-
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	197	214	6	12
Aufwand für beitragsdefinierte Pläne	154	138	-	-
Nettovorsorgeaufwand	351	352	6	12

¹ Der Dienstzeitaufwand für Pensionspläne enthält sofort amortisierten Aufwand, vor allem für Erhöhungen von Versorgungszusagen auf Grund von Vorruhestands- und Abfindungsregelungen in Deutschland.

Zusätzlich wurden in den ersten neun Monaten 2007 Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland in Höhe von 113 Mio€ aufwandswirksam erfasst (105 Mio€ in den ersten neun Monaten 2006). Die Beiträge betragen 38 Mio€ im dritten Quartal 2007 (35 Mio€ im dritten Quartal 2006).

Die Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden 2007 voraussichtlich circa 300 Mio€ betragen, wobei die endgültige Festlegung im vierten Quartal 2007 erfolgen wird.

SACHAUFWAND UND SONSTIGER AUFWAND

in Mio €	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
EDV-Aufwendungen	466	382	1.361	1.127
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	340	293	991	883
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	313	262	903	831
Kommunikation und Datenadministration	168	154	504	465
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	129	114	390	346
Zahlungsverkehr-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	108	107	325	324
Marketingaufwendungen	104	86	300	262
Übrige Aufwendungen	219	347	1.142	956
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	1.847	1.745	5.916	5.194

Angaben zur Bilanz (nicht testiert)

ZUM FAIR VALUE BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE/VERPFLICHTUNGEN

in Mio €	30.9.2007	31.12.2006
Handelsaktiva:		
Festverzinsliche Wertpapiere	315.359	295.252
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	123.821	128.876
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	497.692	375.218
Sonstige Handelsaktiva	96.824	62.854
Handelsaktiva insgesamt	1.033.696	862.200
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	185.695	159.441
Forderungen aus Wertpapierleihen	57.645	62.195
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	15.519	6.227
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	1.968	982
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	260.827	228.845
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.294.523	1.091.045

in Mio €	30.9.2007	31.12.2006
Handelsspassiva:		
Festverzinsliche Wertpapiere	84.076	90.296
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	33.337	35.266
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	512.529	392.060
Sonstige Handelsspassiva	1.642	183
Handelsspassiva insgesamt	631.584	517.805
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	161.024	136.068
Langfristige Verbindlichkeiten	21.273	9.797
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	3.668	2.623
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	185.965	148.488
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	817.549	666.293

ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

in Mio €	30.9.2007				31.12.2006			
	Fair Value	Unrealisierte Bruttobewertungsergebnisse		Fortgeführte Anschaffungskosten	Fair Value	Unrealisierte Bruttobewertungsergebnisse		Fortgeführte Anschaffungskosten
		Gewinne	Verluste			Gewinne	Verluste	
Festverzinsliche Wertpapiere	27.960	127	507	28.340	24.749	184	161	24.726
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	9.517	4.237	22	5.302	7.813	3.143	8	4.678
Sonstiger Anteilsbesitz	1.090	116	4	978	1.182	146	-	1.036
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.111	-	12	3.123	1.527	-	12	1.539
Insgesamt	41.678	4.480	545	37.743	35.271	3.473	181	31.979

PROBLEMKREDITE

in Mio €	30.9.2007			31.12.2006		
	Individuell bewertet	Kollektiv bewertet	Insgesamt	Individuell bewertet	Kollektiv bewertet	Insgesamt
Kredite ohne Zinsabgrenzung	1.425	1.129	2.554	1.828	1.092	2.920
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	9	188	197	4	181	185
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	88	–	88	109	–	109
Insgesamt	1.522	1.317	2.840	1.941	1.273	3.214
Davon: IFRS-wertgeminderte Kredite	1.248	1.129	2.377	1.625	1.092	2.717

RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT

Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Jan.–Sep.	
in Mio €	2007	2006
Bestand am Jahresanfang	1.670	1.832
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	312	220
Nettoabschreibungen	– 388	– 315
Abschreibungen	– 563	– 532
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	175	217
Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises	– 1	–
Effekte aus Wechselkursänderungen/Sonstige	– 63	– 58
Bestand am Periodenende	1.530	1.678

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	Jan.–Sep.	
in Mio €	2007	2006
Bestand am Jahresanfang	256	316
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	– 29	– 52
Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises	8	–
Effekte aus Wechselkursänderungen	– 5	– 5
Bestand am Periodenende	230	259

SONSTIGE AKTIVA UND PASSIVA

in Mio €	30.9.2007	31.12.2006
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	30.465	25.258
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	36.504	26.090
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	12.032	11.109
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	103.327	51.543
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	182.328	114.000
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	6.794	6.127
Sonstige	26.480	18.904
Sonstige Aktiva insgesamt	215.602	139.031

in Mio €	30.9.2007	31.12.2006
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	21.337	15.170
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	36.801	29.136
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	8.858	8.347
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	105.116	54.936
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	172.112	107.589
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	6.422	6.148
Sonstige	32.022	30.393
Sonstige Passiva insgesamt	210.556	144.130

LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN

in Mio €	30.9.2007	31.12.2006
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen:	141.891	116.065
mit fester Verzinsung	90.535	71.897
mit variabler Verzinsung	51.356	44.168
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen:	9.079	10.950
mit fester Verzinsung	5.076	4.911
mit variabler Verzinsung	4.003	6.039
Insgesamt	150.970	127.015

RESTRUKTURIERUNGSRÜCKSTELLUNG

in Mio €	Restrukturierungsrückstellung gebildet im		Insgesamt
	4. Quartal 2005	Geschäftsjahr 2006	
Stand zum 31.12.2006	6	54	60
Zuführung	–	–	–
Zweckbestimmte Verwendung	3	42	45
Auflösung	1	9	10
Effekte aus Wechselkursänderungen	–	1	1
Stand zum 30.9.2007	2	2	4

AUSGEBEBENE STAMMAKTIEN UND AUSSTEHENDE STAMMAKTIEN

in Mio	30.9.2007	31.12.2006
Ausgegebene Stammaktien	528,4	524,8
Eigene Aktien im Bestand	29,2	26,1
– davon Aktienrückkaufprogramm	28,8	25,9
– davon sonstige Bestände	0,4	0,2
Ausstehende Stammaktien	499,1	498,7

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

EIGENKAPITAL GEMÄSS BIZ

in Mio €	30.9.2007	31.12.2006
Tier-I		
Stammaktien	1.353	1.343
Kapitalrücklage	15.441	15.246
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Minderheitsanteile	16.805	13.631
Nicht kumulative Vorzugsaktien	5.148	4.496
In Abzug gebrachte Posten (unter anderem Immaterielle Vermögenswerte)	- 11.437	- 11.177
Kernkapital insgesamt	27.310	23.539
Tier-II		
Unrealisierte Gewinne aus börsennotierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	1.646	1.235
Sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken	371	359
Kumulative Vorzugsaktien	862	759
Nachrangige Verbindlichkeiten, sofern nach BIZ anrechenbar	7.196	8.417
Ergänzungskapital insgesamt	10.075	10.770
Aufsichtsrechtliches Kapital insgesamt	37.385	34.309

BIZ-RISIKOPOSITION UND KAPITALADÄQUANZQUOTEN

in Mio €, sofern nicht anders angegeben	30.9.2007	31.12.2006
BIZ-Risikoposition ¹	311.347	275.459
BIZ-Kernkapitalquote (Tier-I)	8,8 %	8,5 %
BIZ-Eigenkapitalquote (Tier-I + -II + -III) ²	12,0 %	12,5 %

1 Vorwiegend bestehend aus Risikoaktiva. Darin enthalten ist weiterhin ein Marktrisikoäquivalent von 14,0 Mrd € zum 30. September 2007 (31. Dezember 2006: 11,6 Mrd €).

2 Zurzeit bestehen keine Tier-III-Kapitalkomponenten.

ZUSAGEN UND EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Die nachstehende Tabelle zeigt den Nominalwert der Kreditzusagen und Garantien des Konzerns. Der Nominalwert dieser Verpflichtungen entspricht dem maximalen Ausfallrisiko des Konzerns für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Wahrscheinliche Verluste im Rahmen dieser Verträge werden als Rückstellungen erfasst.

in Mio €	30.9.2007	31.12.2006
Unwiderrufliche Kreditzusagen	127.244	130.565
Garantien und Haftungsübernahmeerklärungen	37.279	38.473
Insgesamt	164.523	169.038

Die hier gezeigten Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten bilden nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme aus diesen Verträgen ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme fällig werden. Eventuell verlangt der Konzern die Stellung von Sicherheiten, um das Kreditrisiko dieser Verpflichtungen zu mindern.

SONSTIGE EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Infolge der Charakteristik ihrer Geschäftsaktivitäten sind die Deutsche Bank und ihre Tochtergesellschaften in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen können. Dazu gehören auch die nachstehend beschriebenen Verfahren. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Deutsche Bank-Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten, einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren, Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten. Das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen. Die endgültige Verbindlichkeit der Deutschen Bank kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten der Bank bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, ihrer Erfahrungen und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Stellungnahme von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadenersatzansprüche geltend machen. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist die Bank der Überzeugung, dass die Finanzlage des Konzerns davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jeder der nachstehend dargestellten Rechtsstreitigkeiten, die zum größten Teil eine Anzahl von Einzelverfahren umfassen, sind nach Einschätzung der Bank die voraussichtlich möglichen Verluste in Bezug auf diese Streitigkeiten, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

ENRON. Die Deutsche Bank AG und einige mit ihr verbundene Unternehmen sind gemeinsam in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit ihren Geschäftsbeziehungen zur Enron Corp., deren Tochtergesellschaften und bestimmten Enron nahestehenden Gesellschaften („Enron“), involviert. Zu diesen Rechtsstreitigkeiten gehört eine Sammelklage, die im Namen von Enron-Aktionären erhoben wurde und die als *Newby v. Enron Corp.* bezeichnet wird. In der Klageschrift werden Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen gegen die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften behauptet. Am 5. Juni 2006 wies das Gericht sämtliche in der *Newby*-Klage gegen die Deutsche Bank AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen geltend gemachten Ansprüche ab. Am 21. Juni 2006 reichte der Musterkläger in dem *Newby*-Verfahren einen Antrag ein, dass das Gericht die Abweisung der Klage gegen die Deutsche Bank AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen in der Sache *Newby* überprüfen möge. Am 8. Februar 2007 wies das Gericht diesen Antrag des Musterklägers ab.

Ferner wurde von Enron vor dem Konkursgericht ein Streitverfahren unter anderem gegen die Deutsche Bank AG und einige mit ihr verbundene Unternehmen eingeleitet. In diesen Verfahren fordert Enron von den Deutsche Bank-Parteien Schadenersatz, gestützt auf verschiedene Anspruchsgrundlagen nach dem Common Law, und fordert zudem die Rückgabe von behaupteten Vermögensübertragungen und Vorrechten zum Nachteil der Gläubiger sowie den Rangrücktritt ihrer Ansprüche in dem Enron-Konkurs.

Zusätzlich zu *Newby* und dem oben genannten Streitverfahren sind Einzelklagen von Enron-Investoren und -Gläubigern bei verschiedenen Gerichten anhängig, die Ansprüche aus US-Bundes- und einzelstaatlichem Recht gegen die Deutsche Bank AG und einige mit ihr verbundene Unternehmen behaupten.

STEUERBEZOGENE FINANZPRODUKTE. Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und frühere Mitarbeiter (gemeinsam als „Deutsche Bank“ bezeichnet) sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzdienstleistungen erbracht. Die Kunden haben auf Grund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten, dass die Deutsche Bank und die Berater sie unzulässigerweise dahin gehend irreführt haben, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundesgerichten und einzelstaatlichen Gerichten und vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich sowohl auf die Verletzung von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um angebliche Sammelklagen. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (Litigation Class) zugelassen worden. Etwa 54 Verfahren wurden beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa 31 weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages) einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery).

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und 2001 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen einschließlich der Deutschen Bank bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreement) ab, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte erbracht wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte erbracht. Die Ermittlungen des DOJ dauern an.

KIRCH. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht Klage gegen Dr. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zum Kirch-Konzern gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Kirch finanziell geschädigt. Am 24. Januar 2006 hat der BGH dieser Schadenersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft des Kirch-Konzerns, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutsche Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der Konzernholdinggesellschaft, TaurusHolding GmbH & Co. KG, wurden abgewiesen. Um einen Zahlungstitel gegen die Deutsche Bank AG zu erhalten, musste Dr. Kirch ein neues Verfahren anstrengen. Im Mai 2007 erhob er Klage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer auf Bezahlung von circa 1,6 Mrd. €. In diesem Verfahren muss er im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens ist in der Klageschrift jedoch nicht detailliert dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften des Kirch-Konzerns abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadenersatzpflicht der Deutsche Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen des Kirch-Konzerns. In einem Forderungsschreiben vom Januar 2007 wurde ein vorläufiger Schaden in Höhe von circa 2 Mrd € zuzüglich Zinsen behauptet, ohne die Kausalität über Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens dargelegt zu haben.

PHILIPP HOLZMANN AG. Die Philipp Holzmann AG („Holzmann“) war ein großes deutsches Bauunternehmen, das im März 2002 Insolvenzantrag gestellt hat. Die Deutsche Bank war viele Jahrzehnte ein bedeutender Kreditgeber von Holzmann und hielt eine Beteiligung. Von April 1997 bis April 2000 war ein früheres Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG Vorsitzender des Aufsichtsrats des Unternehmens. Als Holzmann Ende 1999 zahlungsunfähig wurde, beteiligte sich ein von der Deutschen Bank geführtes Bankenkonsortium Ende 1999 an der Sanierung von Holzmann mit Einräumung einer Kreditlinie, der Beteiligung an einer Kapitalerhöhung und dem Tausch von Forderungen in Wandelgenussrechte. Das Sanierungspaket umfasste etwa 1,6 Mrd €, wovon die Deutsche Bank 547 Mio € darstellte. Im März 2002 haben Holzmann und verschiedene der Konzerngesellschaften, insbesondere die imbau Industrielles Bauen GmbH („imbau“), Insolvenzantrag gestellt. Infolge dieser Insolvenzen haben die Insolvenzverwalter für Holzmann und für imbau sowie eine Gruppe von Anleihegläubigern die Deutsche Bank informiert, dass sie Ansprüche gegen sie geltend machen wegen ihrer Rolle als Kreditgeber der Holzmann-Gruppe vor und nach der Sanierung und als Führer des Bankenkonsortiums, das die Sanierung unterstützt hat. Die angeblichen Forderungen ergäben sich daraus, dass an die Banken geleistete Zahlungen anfechtbar gewesen seien und deshalb an die insolventen Unternehmen zurückgegeben werden müssten. Außerdem sei die Bank als Kreditgeber haftbar wegen der Unterstützung der Banken für eine angeblich undurchführbare Sanierung. Obwohl die Deutsche Bank sich in andauernden Gesprächen befindet, haben einzelne dieser Parteien Klagen eingereicht.

Die Insolvenzverwalterin für imbau hat im August 2004 eine Klage gegen die Deutsche Bank erhoben, mit der behauptet wird, dass Zahlungen (einschließlich Zinsen) in Höhe von 77 Mio €, welche die Deutsche Bank bis 1998 auf einen Kredit an imbau sowie im Zusammenhang mit einer Immobilientransaktion, die Bestandteil der Holzmann-Sanierung war, erhalten hat, anfechtbar gewesen seien und deshalb an das insolvente Unternehmen zurückgegeben werden müssten. Einige Anleihegläubiger haben im Dezember 2005 eine Klage gegen die Deutsche Bank erhoben, mit der Schadenersatzansprüche in Höhe von 53 Mio € wegen ihrer angeblich widerrechtlichen Unterstützung der Holzmann-Sanierung 1999 geltend gemacht werden. Die von der Gebema N.V. im März 2000 erhobene Klage, mit der Schadenersatzansprüche in Höhe von 187 Mio € gegen die Deutsche Bank wegen angeblicher Fehler in den Angebotsunterlagen geltend gemacht werden, auf Grund derer Gebema N.V. 1998 Aktien und Wandelschuldverschreibungen von Holzmann erworben hatte, wurde im Oktober 2007 einvernehmlich beendet.

UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE

ABBEEY LIFE ASSURANCE COMPANY LTD.

Am 1. Oktober 2007 schloss der Konzern die vollständige Akquisition von Abbey Life Assurance Company Ltd. für einen Kaufpreis von 1,4 Mrd € ab. Abbey Life ist eine britische Lebensversicherungsgesellschaft, die als geschlossene Lebensversicherung seit dem Jahr 2000 kein Neugeschäft mehr abschließt. Das Portfolio umfasst fondsgebundene Lebens- und Rentenpolicen sowie Annuitätenverträge. Abbey Life wird Bestandteil des Unternehmensbereichs CB&S werden. Am Jahresende 2006 betragen die gesamten versicherungstechnischen Rückstellungen der Gesellschaft 17,3 Mrd €. Das am 30. Juni 2007 abgegebene Angebot basierte auf der Annahme, dass der Wert von Abbey Life nicht unter dem Kaufpreis lag, und seither sind keinerlei Erkenntnisse zu Tage getreten, die diese Annahme geändert hätten. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Zwischenberichts war die Kaufpreisallokation noch nicht abgeschlossen.

BERLINER BANK

Im dritten Quartal 2007 gab es für die Berliner Bank weder beim Kaufpreis noch beim Goodwill oder bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten Änderungen. Somit betrug der Kaufpreis weiterhin 645 Mio € und der Goodwill 478 Mio €. Zum 30. September 2007 war die Kaufpreisallokation noch nicht abgeschlossen.

MORTGAGE IT HOLDINGS, INC.

Am 2. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von MortgageIT Holdings, Inc. ab. Alle ausstehenden Aktien des Unternehmens wurden zu einem Kaufpreis von insgesamt 326 Mio € erworben. Die Anschaffungsnebenkosten betragen 1 Mio €. Zum 31. März 2007 resultierten aus diesem Unternehmenszusammenschluss auf der Basis vorläufiger Zahlen ein Nettovermögen von 179 Mio € und ein Goodwill von 148 Mio €. Durch die Akquisition stieg die Bilanzsumme des Konzerns um rund 4 Mrd €. MortgageIT Holdings, Inc. wurde dem Bereich Residential Mortgage Backed Securities in CB&S zugeordnet.

GESCHÄFTE MIT NAHESTEHENDEN DRITTEN

Wie im Finanzbericht 2006 auf den Seiten 208 bis 210 beschrieben, unterhält der Konzern Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe nahestehender Unternehmen und Personen. Transaktionen mit diesen Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet. Keines dieser Geschäfte ist oder war für den Konzern wesentlich.

Die Umstellung auf IFRS hatte keinen wesentlichen Effekt auf die Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen, einschließlich der Vermögensanlage, erbringt. Pensionspläne können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln. Geschäfte mit diesen Plänen sind für den Konzern nicht wesentlich.

Überleitung der IFRS-Vergleichszahlen von den bisher angewandten Rechnungslegungsgrundsätzen (nicht testiert)

WESENTLICHE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZEN NACH US GAAP UND IFRS

Die wesentlichen Unterschiede zwischen den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns nach US GAAP und nach IFRS werden im Folgenden thematisch zusammengefasst.

US GAAP	IFRS
KONSOLIDIERUNG (A)	
<p>Es werden drei Ansätze verwendet, um eine Konsolidierungspflicht zu ermitteln: Stimmrechte, Variable Interest Entities (VIEs) und Qualifying Special Purpose Entities (QSPEs).</p> <p>Stimmrechte: Ein direkt oder indirekt gehaltener Mehrheitsanteil an den Stimmrechten (mehr als 50 %) führt zu einer Konsolidierung, es sei denn, die Beherrschung der Gesellschaft liegt nicht bei den Mehrheitseignern.</p> <p>VIEs: VIEs werden von dem Inhaber finanzieller Interessen („Interest Holder“) konsolidiert, der die Mehrheit der erwarteten Verluste („Expected Losses“) der VIEs trägt oder die Mehrheit der erwarteten Überschüsse („Expected Residual Returns“) erhält, das heißt von dem Meistbegünstigten („Primary Beneficiary“).</p> <p>QSPE: Eine Special Purpose Entity (SPE), die den Kriterien einer Qualifying Special Purpose Entity (QSPE) entspricht, wird nicht konsolidiert.</p>	<p>Operative Gesellschaften („Operating Companies“) sind zu konsolidieren, wenn entweder direkt oder indirekt die Mehrheit der Stimmrechte gehalten wird. Potenzielle Stimmrechte sind mit zu berücksichtigen.</p> <p>Eine Zweckgesellschaft (SPE) ist vom Konzern zu konsolidieren, wenn sie von ihm kontrolliert wird. Folgende Umstände können auf einen Kontrollatbestand hinweisen: Die SPE führt ihre Geschäfte im Namen des Konzerns durch und/oder der Konzern hält die Mehrheit der Chancen und Risiken aus der SPE.</p> <p>Unter IFRS existiert das Konzept der Qualifying Special Purpose Entities (QSPEs) nicht.</p>
KOSTEN DER KREDITVERGABE (B)	
<p>Alle bei Kreditvergabe anfallenden Kosten, wie zum Beispiel die für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit eines Schuldners entstehenden Kosten, die über eine Stückkostenrechnung ermittelt und damit als der Kreditvergabe direkt zurechenbar gelten, werden abgegrenzt, und zwar unabhängig davon, ob es sich um zusätzliche Kosten handelt oder nicht.</p>	<p>Nur solche Kosten, die der Begebung eines Kredits direkt zurechenbar sind und zusätzlich entstehen, werden zusammen mit den zugehörigen Gebühren abgegrenzt und bei der Berechnung des Effektivzinses berücksichtigt.</p>
FAIR VALUE OPTION (C)	
<p>Zum Stichtag für die Umstellung auf IFRS hat der Konzern die unter US GAAP zur Verfügung stehende Fair Value Option nicht ausgeübt.</p>	<p>Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen können bei Ersterfassung beziehungsweise Erstanwendung von IFRS als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden (Fair Value Option), wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> — eine Inkonsistenz bei Bewertung oder Ansatz („Accounting Mismatch“), die aus der unterschiedlichen Bewertung finanzieller Vermögenswerte oder Verpflichtungen beziehungsweise aus einer unterschiedlichen Erfassung der entsprechenden Gewinne und Verluste entstehen würde, erheblich reduziert wird; — die Vermögenswerte und Verpflichtungen gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Basis des Fair Value gesteuert werden und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen wird und wenn entsprechende Informationen an Mitglieder der Führungsebene ebenfalls auf dieser Basis weitergegeben werden; oder — die Vermögenswerte und/oder Verpflichtungen ein oder mehrere eingebettete Derivate enthalten, welche die Cashflows aus diesen Finanzinstrumenten erheblich verändern. <p>Transaktionskosten in Verbindung mit finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verpflichtungen, die erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden beim erstmaligen Ansatz direkt in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.</p> <p>Die Entscheidung, finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option zu bilanzieren, ist unwiderruflich.</p>

US GAAP	IFRS
NACH DER EQUITY METHODE BILANZIERTE BETEILIGUNGEN (D)	
Es existieren spezifische Bilanzierungsvorschriften für Personengesellschaften und Gesellschaften ähnlicher Art. Eine Beteiligung von mindestens 3 % muss nach der Equity Methode bilanziert werden, da der mit ihr verbundene Einfluss auf die Gesellschaft als nicht geringfügig gilt („other than minor influence“).	Es existieren keine spezifischen Bilanzierungsvorschriften für Personengesellschaften und ähnliche Gesellschaften. Ein maßgeblicher Einfluss liegt in der Regel bei einem Stimmrechtsanteil in Höhe von 20 % - 50 % vor, wobei potenzielle Stimmrechte mit berücksichtigt werden.
DEFINITION VON DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTEN (E)	
Derivatekontrakte müssen einen Nominalwert besitzen sowie die Möglichkeit für einen Nettoausgleich vorsehen oder, alternativ, muss das Derivat beziehungsweise der dem Derivat zu Grunde liegende Basiswert direkt gegen Zahlungsmittel verkauft werden können („readily convertible into cash“), um als Derivat eingestuft werden zu können.	Derivatekontrakte müssen nach IFRS keine Möglichkeit für einen Nettoausgleich vorsehen, um als Derivate eingestuft zu werden.
REKLASSIFIZIERUNG VON ZUM VERKAUF BESTIMMTEN FORDERUNGEN AUS DEM KREDITGESCHÄFT IN DIE HANDELSAKTIVA (F)	
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die zum Verkauf bestimmt sind, werden zum niedrigeren Wert aus Buch- oder Marktwert ausgewiesen. Erträge und Kosten, die bei der Begebung des Kredits entstehen, werden bei Verkauf des Kredits erfolgswirksam erfasst. Eine temporäre Wertminderung auf zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft wird unter US GAAP erfolgswirksam erfasst.	Die Kategorie „Zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ existiert nicht. Kredite, bei denen die Absicht besteht, sie kurzfristig zu verkaufen, werden als Handelsaktiva klassifiziert.
ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE („AVAILABLE FOR SALE“) (G)	
EIGENKAPITALTITEL Eigenkapitaltitel, deren Fair Value nicht direkt zu ermitteln ist, und sonstiger nicht verbriefter Anteilsbesitz werden unter den sonstigen Finanzanlagen ausgewiesen (enthalten in den sonstigen Aktiva) und zu Anschaffungskosten bewertet, abzüglich nicht temporärer Wertminderungen.	Nicht marktgängige Finanzanlagen und sonstiger nicht verbrieft Anteilsbesitz werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert und zum Fair Value bewertet, sofern der Fair Value verlässlich ermittelt werden kann.
WERTPAPIERE „AVAILABLE FOR SALE“- BEHANDLUNG VON WECHSELKURSÄNDERUNGEN Änderungen des Fair Value von zur Veräußerung verfügbaren Schuldtiteln auf Grund von Wechselkursänderungen werden im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) ausgewiesen und beim Verkauf des Wertpapiers erfolgswirksam erfasst.	Änderungen des Fair Value von festverzinslichen Wertpapieren „Available for Sale“ auf Grund von Wechselkursänderungen werden erfolgswirksam ausgewiesen.
WERTMINDERUNG VON ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBAREN VERMÖGENSWERTEN Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapieren können nicht erfolgswirksam rückgängig gemacht werden, wenn das Wertpapier nicht länger als wertgemindert einzustufen ist.	Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Schuldtiteln sind rückgängig zu machen, wenn sich der Fair Value zu einem späteren Zeitpunkt erhöht und die Erhöhung anhand objektiver Kriterien mit einem Ereignis nach Erfassung der nicht temporären Wertminderung in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in Verbindung gebracht werden kann.
FINANZANLAGEN, DIE EINER VERKAUFSRESTRIKTION UNTERLIEGEN Grundsätzlich werden Finanzanlagen, die einer Verkaufsrestriktion von mehr als einem Jahr unterliegen, unter den sonstigen Finanzanlagen ausgewiesen und zu Anschaffungskosten, abzüglich nicht temporärer Wertminderungen, bewertet. Wird eine Finanzanlage, die einer Verkaufsrestriktion unterliegt, von einer Gesellschaft gehalten, die in den Vereinigten Staaten als „Broker Dealer“ reguliert wird, dann wird sie zum Fair Value bilanziert, und Wertveränderungen werden erfolgswirksam erfasst.	Finanzanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert und Wertveränderungen werden im Eigenkapital erfasst.

US GAAP	IFRS
AUSBUCHUNG FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE (H)	
<p>Die Ausbuchung beruht in erster Linie auf dem Konzept der Verfügungsmacht.</p> <p>Für die Ausbuchung ist zunächst die Frage des echten Verbrauchs und erst dann die Notwendigkeit der Konsolidierung zu beurteilen.</p> <p>Für Repos und Reverse Repos gelten spezielle Bilanzierungsregeln: Eine Besicherung von nahezu 100 % ist erforderlich, um die Transaktion als eine Finanzierung behandeln zu können.</p>	<p>Die Ausbuchung basiert auf dem Konzept des Transfers von Risiken und Chancen. Das Konzept der Verfügungsmacht wird nur dann berücksichtigt, wenn die Risiken und Chancen weder im Wesentlichen übertragen noch zurückbehalten wurden.</p> <p>Vor Anwendung der Ausbuchungskriterien muss der Konsolidierungskreis des Konzerns festgelegt werden.</p> <p>Eine Teilausbuchung übertragener Vermögenswerte kann erfolgen, wenn der Konzern im Zusammenhang mit der Übertragung weiterhin ein anhaltendes Engagement zurückbehält („Continuing Involvement“).</p>
IMMOBILIEN UND LEASING (I)	
<p>GEWINNE AUS SALE-UND-LEASEBACK-TRANSAKTIONEN</p> <p>Gewinne aus einer Sale-und-Leaseback-Transaktion, die als Operating Lease qualifiziert, werden abgegrenzt und über die Laufzeit des Leasingvertrags erfolgswirksam erfasst.</p>	<p>Gewinne aus einer Sale-und-Leaseback-Transaktion, die als Operating Lease qualifiziert, werden unmittelbar erfolgswirksam erfasst, sofern der Verkauf zum Fair Value durchgeführt wurde.</p>
<p>LANGFRISTIGE VERKÄUFERPFLICHTEN BEI SALE-UND-LEASEBACK-TRANSAKTIONEN</p> <p>Jegliche Form von langfristigen Verpflichtungen („Continuing Involvement“) des Verkäufers in Bezug auf den Leasinggegenstand verhindert die Erfassung der Transaktion als Verkauf.</p>	<p>Sofern langfristige Verpflichtungen des Verkäufers bestehen, sind diese bei der Klassifizierung des Leasingverhältnisses zu berücksichtigen.</p>
<p>WERTMINDERUNG VON ANLAGEOBJEKTEN</p> <p>Das Vorliegen einer Wertminderung wird festgestellt, indem die nicht diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows aus der Immobilie beurteilt werden.</p>	<p>Das Vorliegen einer Wertminderung wird anhand einer Barwertmethode beurteilt, wobei ein Diskontierungsfaktor auf die erwarteten zukünftigen Cashflows angewandt wird.</p>
AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG (J)	
<p>AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG – VORGEZOGENER RUHESTAND</p> <p>Räumt ein Vergütungsplan einem Mitarbeiter ab einem bestimmten Alter und/oder einer bestimmten Dienstzeit das Recht ein, nach dem Ausscheiden aus dem Konzern seine Ansprüche zu behalten, wird der Aufwand vorzeitig bis zu dem Datum vollständig erfasst, an dem der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt. Die Regelungen bezüglich des Anspruchs auf einen vorgezogenen Ruhestand werden prospektiv für Vergütungen angewandt, die nach dem 1. Januar 2006 gewährt wurden.</p>	<p>Die Regelungen bezüglich des Anspruchs auf einen vorgezogenen Ruhestand (beschleunigte Erfassung des Aufwands) finden auf alle Vergütungen Anwendung, die nach dem 7. November 2002 gewährt wurden.</p>
<p>AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG – VERFALLENDEN ANSPRÜCHE</p> <p>Es ist vorgeschrieben, den Personalaufwand auf Basis der gesamten Zahl an Aktien, die voraussichtlich während der Dienstzeit unverfallbar werden (abzüglich der erwarteten verfallenden Ansprüche), zu erfassen. Der Personalaufwand wird ab dem 1. Januar 2006 nicht mehr auf Basis der tatsächlich verfallenden Ansprüche erfasst.</p>	<p>Das Konzept der voraussichtlich verfallenden Ansprüche ist auf alle aktienbasierten Vergütungen anzuwenden, die nach dem 7. November 2002 gewährt wurden.</p>

US GAAP	IFRS
PENSIONEN (K)	
<p>PENSIONEN – KUMULIERTE VERSICHERUNGSMATHEMATISCHE GEWINNE UND VERLUSTE</p> <p>Ab dem 31. Dezember 2006 werden alle nicht berücksichtigten Gewinne/Verluste zum Jahresende als Teil des kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolgs („Accumulated Other Comprehensive Income“, „OCI“) ausgewiesen.</p> <p>Der Konzern wendet den „Korridor“-Ansatz an, bei dem versicherungsmathematische Gewinne und Verluste in Höhe von mehr als 10 % des höheren Werts von Planvermögen und -verbindlichkeiten zu gleichen Beträgen erfolgswirksam über die verbleibenden Dienstzeiten der aktiven Mitarbeiter erfasst werden.</p>	<p>Bei der Umstellung der Rechnungslegung hat der Konzern im Einklang mit den Umstellungsvorschriften von IFRS 1 alle kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im Eigenkapital erfasst.</p> <p>Seit der Erstanwendung wird für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste der „Korridor“-Ansatz angewandt.</p>
<p>PENSIONEN – LANGFRISTIG FÄLLIGE LEISTUNGEN</p> <p>Es gibt keine spezifischen Bewertungsregelungen.</p>	<p>Langfristig fällige Leistungen müssen unter Anwendung einer versicherungsmathematischen Methode bewertet werden.</p>
DERIVATE AUF DEUTSCHE BANK-AKTIE (L)	
<p>Kauf- und Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zu Grunde liegen und bei denen die Erfüllung durch Lieferung der Aktien erfolgen muss, werden als Derivate klassifiziert.</p>	<p>Kauf- und Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zu Grunde liegen und bei denen die Erfüllung durch Lieferung der Aktien erfolgen muss, werden als Eigenkapitalinstrumente klassifiziert.</p> <p>Für geschriebene Verkaufsoptionen auf Deutsche Bank-Aktien, bei denen die Erfüllung durch Lieferung der Aktien erfolgt, wird der Barwert des Rückzahlungsbetrags als Verbindlichkeit erfasst. Die Verbindlichkeit wird über die Laufzeit der Optionen unter Anwendung der Effektivzinsmethode auf den Rückzahlungsbetrag aufgezinst. Die Aufzinsung erfolgt zu Lasten des Zinsaufwands.</p>
STEUERN (O)	
<p>LATENTE STEUERN AUF AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGEN</p> <p>Ist in einem Land ein Steuerabzug für Aufwendungen im Zusammenhang mit aktienbasierter Vergütung erlaubt, kann die Höhe des zulässigen Steuerabzugs von dem in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfassten kumulierten Personalaufwand abweichen und/oder der Abzug könnte erst in einem späteren Berichtszeitraum erlaubt sein, beispielsweise bei Lieferung der Aktien.</p> <p>Die positive oder negative Differenz zwischen dem steuerlich abzugsfähigen Personalaufwand und dem im Finanzbericht ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand darf erst bei Lieferung der Aktien an den Mitarbeiter erfasst werden. Tax Benefits sind in der Kapitalrücklage, Tax Shortfalls in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berücksichtigen.</p> <p>Eine Erfassung in der Kapitalrücklage erfolgt nur, wenn die jeweilige Gesellschaft/Steuereinheit tatsächlich Steuern zahlt.</p> <p>Es gibt die Möglichkeit, Tax Shortfalls mit Tax Benefits aus derselben oder aus früheren Berichtsperioden aufzurechnen.</p>	<p>Zusätzlich zu der Erfassung überschüssiger Tax Benefits/Shortfalls bei der Lieferung von Aktien muss die Differenz zwischen dem erwarteten künftigen steuerlich abzugsfähigen Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütungen und dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand (i) auf Grundlage des aktuellen Aktienkurses geschätzt und (ii) zu jedem Bilanzstichtag berücksichtigt werden.</p> <p>Da gemäß IFRS der Ausweis des erwarteten zukünftig steuerlich abzugsfähigen Personalaufwands zulässig ist, wäre eine Erfassung in der Kapitalrücklage nur dann nicht gestattet, wenn abzusehen ist, dass die Gesellschaft nicht in der Lage sein wird, den höheren steuerlichen Aufwand zu nutzen.</p> <p>Die Möglichkeiten, Tax Shortfalls mit Tax Benefits zu verrechnen, sind begrenzt.</p>
<p>LATENTE STEUERN UND AUSGLEICH DES ERTRAGS AUS STEUERSATZÄNDERUNGEN AUF WERTPAPIERE „AVAILABLE FOR SALE“</p> <p>Die Auswirkungen von Änderungen des Steuersatzes/der Steuergesetzgebung sind im Gewinn nach Steuern auszuweisen, auch wenn die ursprünglichen latenten Steuern im Eigenkapital erfasst wurden.</p>	<p>Änderungen des Steuersatzes/der Steuergesetzgebung sind in Übereinstimmung mit der Transaktion selbst zu bilanzieren. Würden die zu Grunde liegenden temporären Wertunterschiede und zugehörigen latenten Steuern im Eigenkapital erfasst, muss eine durch eine Änderung des Steuersatzes/der Steuergesetzgebung bedingte Anpassung ebenfalls im Eigenkapital erfasst werden.</p>

Die nachstehenden Tabellen zeigen die Überleitung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die zum 30. September 2006 endenden Drei- und Neunmonatszeiträume und für die Bilanz zum 30. September 2006 von US GAAP auf IFRS. Die Überleitungen weiterer Vergleichsperioden finden sich in dem am 19. April 2007 veröffentlichten Bericht zur Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS.

ÜBERLEITUNG VON GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG UND BILANZ

US GAAP-/IFRS-ÜBERLEITUNGEN

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	US GAAP	Reklassi- fizierung	Bewertungsanpassungen				
			Konsoli- dierung	Kosten der Kreditver- gabe	Fair Value Option	Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligun- gen	Definition von deriva- tiven Finanzin- strumenten
			(A)	(B)	(C)	(D)	(E)
in Mio €							
3. Quartal 2006							
Zinserträge	14.080	8	399	23	-	-	-
Zinsaufwendungen	12.217	7	418	-	-	-	-
Zinsüberschuss	1.863	1	- 19	23	-	-	-
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	101	- 101	-	-	-	-	-
Zinsüberschuss nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.762	- 1.762	-	-	-	-	-
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	66	9	-	-	-	-
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	1.798	- 28	23	-	-	-
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	917	- 917	-	-	-	-	-
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	1.045	- 1.045	-	-	-	-	-
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	658	- 658	-	-	-	-	-
Provisionsüberschuss	-	2.540	15	-	-	-	-
Handelsergebnis	1.537	- 1.537	-	-	-	-	-
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	-	1.620	28	-	- 97	- 22	17
Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“	173	- 173	-	-	-	-	-
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-	183	-	-	-	1	-
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	78	- 4	1	-	-	- 3	-
Sonstige Erträge	120	- 11	11	17	-	-	2
Zinsunabhängige Erträge	4.528	- 3	56	17	- 97	- 24	19
Personalaufwand	2.801	-	-	41	-	-	-
Mieten und Unterhaltskosten für Gebäude	251	- 251	-	-	-	-	-
Betriebs- und Geschäftsausstattung	37	- 37	-	-	-	-	-
EDV-Aufwendungen	382	- 382	-	-	-	-	-
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	261	- 261	-	-	-	-	-
Kommunikation und Datenadministration	154	- 154	-	-	-	-	-
Sonstige Aufwendungen	606	- 606	-	-	-	-	-
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	-	1.716	14	-	-	-	-
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	18	-	-	-	-	-	-
Zinsunabhängige Aufwendungen	4.510	25	14	41	-	-	-
Ergebnis vor Steuern	1.780	7	13	- 1	- 97	- 24	19
Ertragsteueraufwand	545	-	2	-	-	-	-
Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen 1999/2000	- 1	-	-	-	-	-	-
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	-	-	-	-	-	-	-
Jahresüberschuss	1.236	7	11	-	-	-	-
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	-	7	-	-	-	-	-
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.236	-	11	- 1	- 97	- 24	19

nach Bilanzierungsthemen											IFRS
Reklassifizierung von zum Verkauf bestimmten Forderungen aus dem Kreditgeschäft in die Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte	Immobilien & Leasing	Aktienbasierte Vergütung	Pensionen	Derivate auf Deutsche Bank Aktien	Währungsumrechnung	Sonstige	Steuern	Bewertungsanpassungen insgesamt	
(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)		
-	-	51	-	-	-	-	-	9	4	484	14.572
-	-	16	-	-	-	11	-	-	-1	443	12.667
-	-	35	-	-	-	-11	-	9	5	41	1.905
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-7	-	-	-	-	-	-	8	-	10	76
-	7	35	-	-	-	-11	-	-	5	31	1.829
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2	-	-1	-	-	-	-	-	-	-	16	2.556
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-14	-9	-24	-	-	-	-6	-	1	-	-127	1.493
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	4	187
-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-2	72
-	-4	3	-4	-	-	-	-	22	-	47	156
-12	-10	-21	-4	-	-	-6	-1	23	-	-61	4.464
-	-	-	-	-75	-17	-	-	-	-	-53	2.748
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	3	-	-	-	-	9	-	29	1.745
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18
-	-	-	3	-75	-17	-	-	9	-	-24	4.511
-12	-3	14	-7	75	17	-17	-1	14	5	-5	1.782
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-11	-9	536
-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	15	3	1.246
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7
-12	-3	14	-7	75	17	-17	-1	14	15	3	1.239

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	US GAAP	Reklassifizierung	Bewertungsanpassungen				
			Konsolidierung	Kosten der Kreditvergabe	Fair Value Option	Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	Definition von derivativen Finanzinstrumenten
			(A)	(B)	(C)	(D)	(E)
in Mio €							
Jan.–Sep. 2006							
Zinserträge	42.058	23	1.112	67	–	3	–
Zinsaufwendungen	36.721	88	1.120	–	–	–	–
Zinsüberschuss	5.337	– 65	– 8	67	–	3	–
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	206	– 206	–	–	–	–	–
Zinsüberschuss nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	5.131	– 5.131	–	–	–	–	–
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	143	9	–	– 1	–	–
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	5.129	– 18	67	1	3	–
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	2.888	– 2.888	–	–	–	–	–
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	3.620	– 3.620	–	–	–	–	–
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	1.945	– 1.945	–	–	–	–	–
Provisionsüberschuss	–	8.213	25	–	–	–	–
Handelsergebnis	6.224	– 6.224	–	–	–	–	–
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	–	6.705	29	–	– 12	– 23	24
Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“	340	– 340	–	–	–	–	–
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	–	402	1	–	–	1	– 1
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	400	– 5	– 15	–	–	– 14	–
Sonstige Erträge	428	– 236	42	26	1	–	3
Zinsunabhängige Erträge	15.845	62	82	26	– 11	– 36	27
Personalaufwand	9.513	–	–	117	–	–	–
Mieten und Unterhaltskosten für Gebäude	752	– 752	–	–	–	–	–
Betriebs- und Geschäftsausstattung	117	– 117	–	–	–	–	–
EDV-Aufwendungen	1.127	– 1.127	–	–	–	–	–
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	830	– 830	–	–	–	–	–
Kommunikation und Datenadministration	465	– 465	–	–	–	–	–
Sonstige Aufwendungen	1.802	– 1.802	–	–	–	–	–
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	–	5.130	46	1	–	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–	–	–	–	–	–
Restrukturierungsaufwand	118	–	–	–	–	–	–
Zinsunabhängige Aufwendungen	14.724	36	46	118	–	–	–
Ergebnis vor Steuern	6.252	24	19	– 25	– 10	– 33	27
Ertragsteueraufwand	2.127	–	– 1	–	–	–	–
Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen 1999/2000	– 1	–	–	–	–	–	–
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	46	–	–	–	–	–	–
Jahresüberschuss	4.172	24	20	–	–	–	–
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	–	24	–	–	–	–	–
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	4.172	–	20	– 25	– 10	– 33	27

nach Bilanzierungsthemen											IFRS
Reklassifizierung von zum Verkauf bestimmten Forderungen aus dem Kreditgeschäft in die Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte	Immobilien & Leasing	Aktienbasierte Vergütung	Pensionen	Derivate auf Deutsche Bank Aktien	Währungsumrechnung	Sonstige	Steuern	Bewertungsanpassungen insgesamt	
(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)		
-	-	84	-	-	-	-	-	25	31	1.321	43.402
-	-	46	-	-	-	27	-	-	4	1.197	38.006
-	-	38	-	-	-	-27	-	25	27	124	5.396
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-9	-	-	-	-	-	-	25	-	25	168
-	9	38	-	-	-	-27	-	-	27	99	5.228
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
13	-	-3	-	-	-	-	-	-	-	35	8.248
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-11	-8	-33	-	-	-	-59	-	-4	-	-96	6.609
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	5	-	-	-	-	-	-	-	-	7	409
-	-	1	-	-	-	-	2	3	-	-22	373
-	-17	21	-4	-	-	-	-1	21	-	91	283
2	-19	-14	-4	-	-	-59	1	20	-	15	15.922
-	-	-	-	-164	-52	-	-	-	-	-99	9.414
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	1	-	9	-	-	-	-	8	-	64	5.194
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	118
-	1	-	9	-164	-52	-	-	8	-	-34	14.726
2	-11	24	-13	164	52	-87	1	12	27	148	6.424
-	-	-	-	-	-	-	-	-	48	46	2.173
-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-
-	-	-	-	-68	-8	-	-	-	30	-46	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	55	4.251
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	24
2	-11	24	-13	96	44	-87	1	12	8	55	4.227

Konzernbilanz	US GAAP	Brutto- darstel- lung	Reklassi- fizierung	Bewertungsanpassungen				
				Konsoli- dierung	Kosten der Kreditver- gabe	Fair Value Option	Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligun- gen	Definition von deriva- tiven Finanzin- strumenten
in Mio €				(A)	(B)	(C)	(D)	(E)
Bestand per 30. September 2006								
Barreserve	6.062	-	-	18	-	-	-	-
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	19.786	-	-	- 411	-	-	-	-
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	136.225	32.904	- 158.371	-	-	-	-	-
Forderungen aus Wertpapierleihen	117.787	18.367	- 64.862	-	-	-	-	-
Handelsaktiva	483.060	-	- 483.060	-	-	-	-	-
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	-	299.031	742.588	17.115	-	- 87	- 23	3
Wertpapiere „Available for Sale“	23.323	-	- 23.323	-	-	-	-	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-	-	26.681	11.750	-	-	93	-
Sonstige Finanzanlagen	4.830	-	- 4.830	-	-	-	-	-
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	-	-	3.173	- 63	-	-	2	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	177.402	-	- 6.289	15.177	- 287	-	-	-
Sachanlagen	4.207	- 68	- 1.005	44	-	-	-	-
Goodwill	6.758	-	- 6.758	-	-	-	-	-
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.127	-	- 1.127	-	-	-	-	-
Immaterielle Vermögenswerte	-	-	8.045	1	-	-	-	-
Sonstige Aktiva	115.979	113.129	- 35.954	- 252	- 11	-	-	3
Steuerforderungen	-	-	5.092	118	-	-	-	-
Summe der Aktiva	1.096.546	463.364	-	43.498	- 298	- 87	72	6
Einlagen	375.695	-	- 1.633	- 1.099	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	192.739	51.271	- 140.734	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	12.876	-	- 477	-	-	-	-	-
Handelspassiva	230.876	-	- 230.876	-	-	-	-	-
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	-	299.249	384.523	64	-	209	-	6
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	29.485	-	5	28.983	-	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	93.631	112.843	- 10.147	639	- 14	2	-	-
Rückstellungen	-	-	1.795	11	-	- 2	-	-
Steuerverbindlichkeiten	-	-	6.993	186	-	-	-	-
Langfristige Verbindlichkeiten	126.788	-	- 9.532	9.713	-	-	-	-
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	-	-	- 659	5.051	-	-	-	-
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	3.406	-	-	-	-	-	-	-
Summe der Verbindlichkeiten	1.065.496	463.364	- 742	43.548	- 14	209	-	6
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1.335	-	-	-	-	-	-	-
Kapitalrücklage	14.009	-	-	-	-	-	-	-
Gewinnrücklagen	23.233	-	-	- 94	- 285	- 308	- 21	- 1
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 2.205	-	-	-	-	-	-	-
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	- 3.406	-	-	-	-	-	-	-
Kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg	- 1.916	-	1.916	-	-	-	-	-
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne (Verluste), nach Steuern	-	-	- 1.917	44	-	11	93	1
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	31.050	-	- 1	- 50	- 285	- 296	72	-
Minderheitsanteile	-	-	743	-	-	-	-	-
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	31.050	-	742	- 50	- 285	- 296	72	-
Summe der Passiva	1.096.546	463.364	-	43.498	- 298	- 87	72	6

											IFRS
Reklassifizierung von zum Verkauf bestimmten Forderungen aus dem Kreditgeschäft in die Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte	Immobilien & Leasing	Aktienbasierte Vergütung	Pensionen	Derivate auf Deutsche Bank Aktien	Währungsumrechnung	Sonstige	Steuern	Bewertungsanpassungen insgesamt	
(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18	6.080
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 410	19.376
-	-	279	-	-	-	-	-	-	-	279	11.037
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	71.292
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
32	- 2	1.257	-	-	-	- 229	-	7	-	18.074	1.059.693
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	215	-	-	-	-	-	-	-	-	12.057	38.738
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 61	3.112
1	1	1.461	-	-	-	-	-	1	- 40	16.314	187.427
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	44	3.178
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	8.046
-	-	- 557	- 78	-	- 826	-	-	-	-	- 1.722	191.432
-	-	-	-	-	-	-	-	-	864	983	6.075
33	214	2.439	- 78	-	- 826	- 229	-	8	824	45.576	1.605.486
-	-	5.593	-	-	-	-	-	-	-	4.494	378.556
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	103.277
-	-	- 616	-	-	-	-	-	-	-	- 617	11.782
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	- 1.448	-	-	-	- 193	-	-	-	- 1.362	682.410
-	-	- 102	-	-	-	-	-	-	-	28.880	58.370
- 14	-	331	- 127	40	146	-	-	- 9	1	998	197.325
-	- 4	-	-	-	-	-	-	-	-	5	1.800
-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 361	- 176	6.817
-	-	- 1.305	-	-	-	-	-	-	-	8.409	125.665
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.050	4.391
-	-	-	-	-	-	1.268	-	-	-	1.267	4.673
- 14	- 4	2.454	- 127	40	146	1.074	-	- 9	- 361	46.948	1.575.066
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.335
-	-	-	-	408	-	- 45	-	-	401	763	14.772
49	- 21	- 15	48	- 448	- 984	- 18	- 1.366	17	- 1.281	- 4.728	18.505
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 2.205
-	-	-	-	-	-	- 1.240	-	-	-	- 1.240	- 4.646
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
- 1	239	-	-	-	12	-	1.366	-	2.066	3.833	1.916
47	218	- 14	48	- 40	- 971	- 1.304	-	17	1.185	- 1.372	29.677
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	743
47	218	- 14	48	- 40	- 971	- 1.304	-	17	1.185	- 1.372	30.420
33	214	2.439	- 78	-	- 826	- 229	-	8	824	45.576	1.605.486

Sonstige Informationen

VALUE-AT-RISK DER HANDELSBEREICHE^{1, 2}

in Mio €	Insgesamt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisrisiko	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Durchschnitt ³	83,8	69,5	56,2	51,0	56,2	41,7	15,4	14,1	11,4	11,8
Maximum ³	118,8	82,0	84,9	66,1	90,5	60,2	28,9	46,2	18,0	25,0
Minimum ³	66,5	58,3	42,7	42,1	47,3	31,4	5,9	4,5	5,7	5,2
Periodenende ⁴	74,7	76,9	55,3	50,3	52,6	53,0	10,8	12,2	9,6	5,4

1 Alle Angaben für 1 Tag Haltedauer; 99 % Konfidenzniveau.

2 Value-at-risk ist nicht additiv auf Grund von Korrelationseffekten.

3 Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb derer sich die Werte im Neunmonatszeitraum 2007 beziehungsweise im Geschäftsjahr 2006 bewegten.

4 Angaben für 2006 per 31. Dezember 2006; Angaben für 2007 per 30. September 2007.

ZIELGRÖSSENDEFINITION

Bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen oder Geschäftsfeldern) oder bestimmte signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Goodwillabschreibungen oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) werden in unserer Zielgrössendefinition unberücksichtigt gelassen, wenn diese keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg unserer Kerngeschäftsfelder haben. Unsere Ziele werden auf dieser Basis gemessen.

EIGENKAPITALRENDITE VOR STEUERN (BASIEREND AUF DEM DURCHSCHNITTLICHEN ACTIVE EQUITY GEMÄSS ZIELGRÖSSENDEFINITION)

in Mio €, sofern nicht anders angegeben	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
Ergebnis vor Steuern	1.449	1.782	7.312	6.424
Abzüglich Minderheitsanteile	- 10	- 7	- 20	- 24
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern	1.439	1.775	7.292	6.400
Zuzüglich/abzüglich (-):				
Bestimmte signifikante Gewinne (abzüglich dazugehöriger Kosten)	-491 ¹	-217 ²	-873 ³	-348 ⁴
Bestimmte signifikante Aufwendungen	-	-	-	-
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern (Zielgrössendefinition)	948	1.558	6.418	6.052
Durchschnittliches den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	36.276	28.833	35.367	28.907
Zuzüglich/abzüglich (-):				
Durchschnittliche unrealisierte Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und durchschnittliche Fair-Value-Anpassungen von Cashflow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern)	- 4.092	- 2.248	- 3.835	- 2.544
Durchschnittliche Dividendenabgrenzungen	- 1.755	- 1.210	- 2.142	- 1.541
Durchschnittliches Active Equity	30.428	25.376	29.391	24.822
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutschen Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	15,9 %	24,6 %	27,5 %	29,5 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	18,9 %	28,0 %	33,1 %	34,4 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (Zielgrössendefinition)	12,5 %	24,6 %	29,1 %	32,5 %

1 Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG und Allianz SE) von 305 Mio € und aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unser Bürogebäude 60 Wall Street) in Höhe von 187 Mio €.

2 Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG) in Höhe von 92 Mio € und Zahlungen von Versicherungsgesellschaften von 125 Mio € zur Erstattung von Verlusten durch Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 entstanden waren.

3 Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S.p.A., Linde AG und Allianz SE) in Höhe von 432 Mio €, Gewinne aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 178 Mio €, nach Abzug von 54 Mio € Goodwillabschreibung und Gewinne aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unser Bürogebäude 60 Wall Street) in Höhe von 317 Mio €.

4 Gewinn aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO in Höhe von 131 Mio €, Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG) in Höhe von 92 Mio € und Zahlungen von Versicherungsgesellschaften von 125 Mio € zur Erstattung von Verlusten durch Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 entstanden waren.

DURCHSCHNITTLICHES ACTIVE EQUITY: Wir berechnen das Active Equity, um einen Vergleich mit unseren Konkurrenten zu vereinfachen. Dieses fließt in die Berechnung verschiedenster Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich unserer Kennzahlen, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen, sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir unser durchschnittliches, den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital bereinigen, sind durchschnittliche unrealisierte Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und durchschnittliche Fair-Value-Anpassungen von Cashflow-Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird.

EIGENKAPITALRENDITE VOR STEUERN (BASIEREND AUF DEM DURCHSCHNITTLICHEN DEN DEUTSCHE BANK AKTIONÄREN ZURECHENBAREN EIGENKAPITAL): Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steueraufwand (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich von Minderheitsanteilen, am den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapital.

EIGENKAPITALRENDITE VOR STEUERN (BASIEREND AUF DEM DURCHSCHNITTLICHEN ACTIVE EQUITY): Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steueraufwand (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich von Minderheitsanteilen, am durchschnittlichen Active Equity.

EIGENKAPITALRENDITE VOR STEUERN (BASIEREND AUF DEM DURCHSCHNITTLICHEN ACTIVE EQUITY GEMÄSS ZIELGRÖSSENDEFINITION): Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steueraufwand gemäß Zielgrößendefinition (annualisiert), in dem signifikante Gewinne und Aufwendungen unberücksichtigt bleiben, am durchschnittlichen Active Equity.

ERGEBNIS JE AKTIE (VERWÄSSERT, ZIELGRÖSSENDEFINITION)

in Mio €, sofern nicht anders angegeben	3. Quartal		Jan.–Sep.	
	2007	2006	2007	2006
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.622	1.239	5.521	4.227
Zuzüglich/abzüglich (–):				
Bestimmte signifikante Gewinne/Aufwendungen nach Steuern	– 406 ¹	– 160 ²	– 673 ³	– 291 ⁴
Bestimmte signifikante Effekte aus Ertragsteuern	– 353 ⁵	–	– 353 ⁵	–
Den DB Aktionären zurechenbares Konzernergebnis (gemäß Zielgrößendefinition für EPS)	863	1.079	4.494	3.936
Ergebnis je Aktie (verwässert)	3,31 €	2,43 €	11,13 €	8,05 €
Ergebnis je Aktie (verwässert, Zielgrößendefinition)	1,76 €	2,11 €	9,06 €	7,50 €

1 Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG und Allianz SE) von 305 Mio € und aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unser Bürogebäude 60 Wall Street) in Höhe von 101 Mio €.

2 Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG) in Höhe von 92 Mio € und Zahlungen von Versicherungsgesellschaften von 67 Mio € zur Erstattung von Verlusten durch Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge am 11. September 2001 entstanden waren.

3 Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S.p.A., Linde AG und Allianz SE) in Höhe von 431 Mio €, Gewinne aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 125 Mio €, nach Abzug von 54 Mio € Goodwillabschreibung und Gewinne aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unser Bürogebäude 60 Wall Street) in Höhe von 172 Mio €.

4 Gewinn aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO in Höhe von 131 Mio €, Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG) in Höhe von 92 Mio € und Zahlungen von Versicherungsgesellschaften von 67 Mio € zur Erstattung von Verlusten durch Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge am 11. September 2001 entstanden waren.

5 Inkrafttreten der Steuerreform in Deutschland und Nutzung von Verlusten.

ERGEBNIS JE AKTIE (VERWÄSSERT): Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis, das sich aus dem Gewinn nach Steuern abzüglich des den Minderheitsanteilen zurechenbaren Konzernergebnisses zusammensetzt, nach angenommener Wandlung, geteilt durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung.

ERGEBNIS JE AKTIE (VERWÄSSERT, GEMÄSS ZIELGRÖSSENDEFINITION): Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis (gemäß Zielgrößendefinition für EPS), das sich aus dem Gewinn nach Steuern abzüglich des den Minderheitsanteilen zurechenbaren Konzernergebnisses und abzüglich/zuzüglich signifikanter Gewinne/Aufwendungen sowie signifikanter Effekte aus Ertragsteuern zusammensetzt, nach angenommener Wandlung, geteilt durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung.

Impressum

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10-00
deutsche.bank@db.com

Investor Relations:
 (0 69) 9 10-3 80 80
 db.ir@db.com

Der Zwischenbericht im Internet:
www.deutsche-bank.de/3Q2007

Hinweise zum Inhalt

Sofern nicht anders gekennzeichnet, sind die Informationen in diesem Bericht gemäß den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt worden. Im Zusammenhang mit der Erstellung des vollständigen Konzernabschlusses 2007 kann es zu Anpassungen kommen. Die Segmentberichterstattung beruht auf den Bestimmungen nach IFRS 8, „Operating Segments“, mit einer Überleitung auf IAS 14, „Segment Reporting“. Während IFRS 8 vom International Accounting Standards Board (IASB) bereits verabschiedet ist, steht die Übernahme durch die Europäische Union noch aus.

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ergebnisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Managementagenda, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren sind in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 27. März 2007 auf den Seiten 9 bis 15 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Dieses Dokument ist auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

WICHTIGE TERMINE

2008

07. Februar 2008	Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2007
26. März 2008	Geschäftsbericht 2007 und Form 20-F
29. April 2008	Zwischenbericht zum 31. März 2008
29. Mai 2008	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
30. Mai 2008	Dividendenzahlung
31. Juli 2008	Zwischenbericht zum 30. Juni 2008
30. Oktober 2008	Zwischenbericht zum 30. September 2008

2009

05. Februar 2009	Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2008
24. März 2009	Geschäftsbericht 2008 und Form 20-F
28. April 2009	Zwischenbericht zum 31. März 2009
28. Mai 2009	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
29. Mai 2009	Dividendenzahlung
29. Juli 2009	Zwischenbericht zum 30. Juni 2009
29. Oktober 2009	Zwischenbericht zum 30. September 2009
